№ 46 — 161. Jahrgang

Lippische Landes-Zeitung

Detmold, Donnerstag, 24. Februar 1927

Ältestes und verbreitetstes Blatt des Landes und der angrenzenden Bezirke

Die Lippische Landes-Zeitung mit den unentgeltlichen Beilagen „Die Frau in Heim und Beruf", „Gut Brand", „Turn- und Sportschau", „Deutsches Lied", „Vaterländische Blätter", „Kinderzeitung", „Der Handwerksmeister" und „Der Landwirt" erscheint täglich frühmorgens, außer Montags. Monatl. Bezugspreis 2 ℳ, im Postbezug 2 ℳ zuzügl. Bestellgeld. Im Falle höherer Gewalt, bei Streik oder Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahl. des Bezugspreises. Herausg.: Sofrat Staercke. Verantw. Redakteur: Erich Reinhard, für den lokalen Teil: W. Schmiedekamp, für die Anzeigen: Wilh. Brand. Druck u. Verlag der Meyerschen Hofbuchdruckerei, sämtl. in Detmold. Geschäftsstelle in Detmold, Paulinenstr. 14.

Anzeigenpreis: 12 G.-Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 10 G.-Pfg., amtliche Anzeigen 20 G.-Pfg., die Millimeterzeile oder deren Raum; Reklamen 40 G.-Pfg. Schwieriger Satz mit 50 % Aufschlag. Beilagengebühr 1000 Stück 15 G.-M., bei Teillauflage höher. Platzvorschriften mit erhöhtem Preisverz. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Rabatt nach Tarif. Zahlungspflicht 8 Tage nach Rechnungserteilung. Anzeigenrabatt fällt als Nachlaßrabatt und kommt in Wegfall bei Überschreitung der Zahlungsfrist, bei zwangsweiser Eintreibung durch Klage und außergerichtl. Vergleichen. Postscheckkonto Hannover Nr. 7646. Telegramm-Adresse: Landeszeitung Detmold. Druckereigebäude in Detmold, Leopoldstr. 12. Fernspr. Nr. 23, 24 u. 40. Vertretungen in allen Orten des Lipperlandes.

Die Generalaussprache im Landtag

Die Parteien über den Etat

Als gestern morgen um 9 Uhr die Generaldebatte zum Staatshaushaltsplan beginnen sollte, war der Abgeordnete Koch an seinem Fensterplatz noch allein auf weiter Flur. Und als dann endlich nach halbstündiger Verspätung der Präsident die Sitzung eröffnen konnte, waren immer noch vier Plätze im Plenum unbesetzt. Es zeigte sich also wieder einmal, daß ein so früher Sitzungsbeginn nicht zweckmäßig ist. Die heutige Sitzung, in der versucht werden soll, die die erste Lesung zum Abschluß zu bringen, beginnt daher erst um ½10 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Meier zwei neue Eingänge bekannt. Der Lippische Philologenverein hat an den Landtag ein Schreiben gerichtet, das verschiedene Wünsche zum Etat enthält. Da die Eingabe auch den Abgeordneten zugegangen ist, wird sie zur Kenntnis genommen und soll bei dem entsprechenden Etatposten erledigt werden. — Herr Wöhler aus Alpe bei Schötmar ersucht den Landtag um Erlaß von Gerichtskosten, die ihm durch einen Privatprozeß erwachsen sind. Das Schreiben wird dem Landespräsidium überwiesen.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung ein, die die sogenannte Generaldebatte zum Staatshaushaltsplan bringen soll. Nach der ausführlichen und interessanten Begründung durch den Sprecher des Landespräsidiums haben nunmehr die Parteien das Wort.

Präsident Meier (Soz.):

Wir Sozialdemokraten möchten nicht verfehlen, angesichts der seit einiger Zeit durch den Beitritt der Deutsch. Volkspartei zur Regierungskoalition geänderten politischen Lage in Lippe in diesem Jahre in eingehender Weise zu den mancherlei Fragen Stellung zu nehmen, die durch den zur Beratung stehenden Staatshaushaltsplan berührt werden. Unsere Fraktion wünscht, das insbesondere deshalb zu tun, um festzustellen, daß sie sich durch die Beteiligung an dieser Koalition, in die sie in der seinerzeit hier betonten nüchternen Sachlichkeit eingetreten ist, in ihrer Bewegungsfreiheit behindern zu lassen nicht die Absicht hat. Für uns bedeutet diese Koalition selbstverständlich nicht, daß wir Bindungen anerkennen wollen, die über das in solcher Lage gebotene und unerläßliche Maß hinausgehen.

Zu der Frage des Finanzausgleichs

möchten wir unsere Stellung kurz folgendermaßen präzisieren: Wir begrüßen es, daß das Landespräsidium auch weiterhin mit allem Nachdruck den Standpunkt vertritt, daß Lippe infolge der Beschäftigung eines erheblichen Teiles seiner Arbeiterschaft in eine an sich ungünstige Lage gelangt ist, und daß die Steuerleistung dieses Volksteiles und die durch ihn gesteigerte Steuerkraft der auswärts gelegenen Arbeitsgebiete den billigen Anspruch auf einen dauernden gerechten Ausgleich begründet. — Wenn es aber richtig ist — woran nach mancherlei Verlautbarungen maßgebender Stellen in der allerletzten Zeit kaum noch gezweifelt werden kann —, daß der Gedanke immer mehr Raum gewinnt, es müsse mit den kleinen Ländern baldigst Schluß gemacht werden, dann können wir nur nachdrücklichst dem Wunsche Ausdruck geben, daß eine Regelung getroffen und insbesondere rechtzeitig vorbereitet werden möchte, bei der

unser Land davor bewahrt bleibt, eines Tages sozusagen an Blutarmut einzugehen.

Wir haben hier vor nicht sehr langer Zeit betont, daß wir keine Fanatiker der Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit unseres Landes sind. Und diese Erklärung behält nach wie vor Gültigkeit. Aber wir wollen nicht unterlassen, auf die in verstärktem Maße zutage tretenden Gefahren für unser Land hinzuweisen. — Daß bei eventuellen Anschlußverhandlungen die Erhaltung des staatlichen Grundvermögens für das lippische Gebiet sichergestellt werden muß, ist uns selbstverständlich.

Lebhaft interessiert haben uns die Mitteilungen des Landespräsidiums über die mit dem früheren Lippischen Fürsten gepflogenen Verhandlungen über eine Zurückführung der Oberförsterei Berlebeck in staatlichen Besitz. Es ist gewiß bemerkenswert, daß diese Verhandlungen ins Stocken geraten sind in Verbindung mit gewissen Anfechtungsversuchen gegenüber dem seinerzeit abgeschlossenen Domanialvergleich. Wir wollen hier keine uns einzelne gehende Erörterung dieser Vorgänge provozieren. Aber wir kündigen schon jetzt an, daß wir demnächst im Hauptausschuß auf diese Dinge näher eingehen, und uns nach Einzelheiten erkundigen werden. — Daß der lippische Staat an dem Domanialvergleich nicht rütteln lassen wird und kann, scheint uns einer besonderen Betonung nicht zu bedürfen. Wir würden gegen jeden Versuch dieser Art rücksichtslosesten Widerstand leisten! Und wir möchten den sehen, der angesichts des auch in unserer arbeitenden Bevölkerung herrschenden Massenelendes eine andere Haltung einnehmen wollte. Wir sehen der weiteren Entwicklung dieser Frage mit aller Ruhe entgegen.

Der Redner brachte hierauf Klagen vor über angeblich rigorose Behandlung alter Arbeitsinvaliden im Amte Schötmar und der Erwerbslosen sowie über die Lohnpolitik der Unternehmer beim Extertalbahnbau und forderte dann die besondere Fürsorge des Landes für die Wanderarbeiter. Er betonte sodann, daß es erforderlich sei, den letzthin auf der deutschnationalen Landestagung von einem lippischen Großgrundbesitzer vorgetragenen Behauptungen, der Staat Lippe verschleudere seinen Besitz, von Regierungs wegen entgegenzutreten.

Die Feststellungen über die Bemühungen, in Lippe die Aufwertung der Spargelder

für die Sparer möglichst günstig zu gestalten, wollen wir gern anerkennen. Wir verbinden damit aber auch die Hoffnung, daß in der Tat über das ganze Aufwertungsproblem die Akten noch nicht endgültig geschlossen sind. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Erstarkung, die zu einem guten Teile in dem Anschwellen der neuen Spareinlagen zum Ausdruck kommt, erwächst die Möglichkeit, wie auch die nicht abzuweisende Pflicht, den vielfach um die Frucht lebenslanger Arbeit betrogenen Menschen in noch stärkerem Maße gerecht zu werden. Und wir hoffen, daß der bescheidene Einfluß Lippes im Reiche gerade auch in dieser Richtung geltend gemacht werden wird.

Daß Lippe seine Landessteuern nicht in dem Maße emporgeschraubt hat, wie das in andern Ländern vielfach geschehen ist, wurde durch einschlägiges Zahlenmaterial erneut erhärtet. Wir stimmen der Mahnung, an Steuersenkungen nur mit größter Vorsicht heranzutreten, insbesondere auch deshalb nachdrücklichst zu, weil ja nicht unbekannt geblieben ist, daß in den Kreisen des landwirtschaftlichen Besitzes die Einkommensteuer zu einer seltenen Erscheinung geworden ist. Mit besonderem Nachdruck hat auf diesen Umstand erst vor kurzem die lippische Kirchenbehörde hingewiesen. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir zum Ausdruck bringen, daß der wiederholte

Anspruch der Kirche auf eine höhere Unterstützung

angesichts der in diesem Jahre veranlagten Zuschläge zur Einkommensteuer höchst merkwürdig anmutet. Wenn auch nur der wesentlichste Teil der veranlagten Steuern gezahlt wird — und an der nachdrücklichen Androhung der Zwangsbeitreibung hat es ja nicht gefehlt — dann muß demnächst die Kirche über vollkommen ausreichende Mittel verfügen. Sie will aber ihre Steuern senken, und wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, daß ihr die zahlreicher gewordenen Austritte aus der Kirche zu denken gegeben haben. Die Kirche sollte jedoch einsehen, daß ihr mit dem Verbleiben solcher Leute, die innerlich längst mit der Kirche gebrochen haben, auch nicht gedient ist. Jedenfalls geht es nicht an, daß der Ausfall an Steuern durch eine um so stärkere Beanspruchung aller Staatsbürger wettzumachen versucht wird. Es kann auch der Kirche nichts daran liegen, daß sie mit dem Gelde finanziert wird, das der Staat von Dissidenten, Sektierern und Juden erhebt. Wir werden jeden Anspruch der Kirche, der über die zwangsläufig vom Staate zu zahlenden 50 000 Mark hinausgeht, ablehnen.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte der sozialdemokratische Fraktionsführer, daß seine Partei die Vermehrung der Beamtenstellen nicht abweisen wolle, aber seine Partei lege Wert darauf, daß Lippe auch weiterhin mit der denkbar geringsten Zahl von Verwaltungsbeamten auszukommen suche. Die Verbesserung der Volksbildung werde auch künftig die lebhafteste Unterstützung der Sozialdemokraten erfahren, aber mit der Einschränkung, daß dies in der Hauptsache nur für die Volks- und Fortbildungsschulen gelte, während die Sozialdemokraten vor einer den Rahmen des sachlich Notwendigen überschreitenden Ausgestaltung des höheren Schulwesens warnten. Einen Ausbau der freien Lernmittel stehe die Sozialdemokratie ablehnend gegenüber und halte an dem im letzten Jahr festgesetzten Maße als Mindestleistung des Staates fest. In Beziehung auf die künftige Finanzpolitik des Landes halte die Sozialdemokratie die beschleunigte Wiedereinführung der Wertzuwachssteuer für dringend erwünscht. Schließlich forderte der Redner die baldige Verabschiedung der endgültigen Gemeindeverfassung und schloß darauf seine Ausführungen mit folgenden Worten:

Wir wollen auch nicht unausgesprochen lassen, daß wir in das amtierende Landespräsidium das Vertrauen setzen, daß es — wie bisher — bestrebt sein wird, unser Land in guter, Achtung erheischender Weise zu verwalten. — Zu unserer Ueberraschung haben wir gehört, daß die deutschnationale Fraktion des Landtages deshalb dem gegenwärtigen Landespräsidium nicht vertrauen könne, weil seine Mitglieder „zur Presse, zum Tabak und zur Volksbildung" zählten. Wir bekennen, daß wir gegenüber solchem schroffen Marxismus nicht mitkönnen. (Heiterkeit.) Nein, so eng möchten wir denn doch die Marxsche Art der geschichtlichen Betrachtung, die davon ausgeht, daß das wirtschaftliche System und Getriebe und die aus ihm folgende Gliederung der Gesellschaft die Grundlage für die politische und intellektuelle Geschichte bilde, nicht anwenden. — Wir erhoffen vielmehr von der Arbeit der Obersten Landesbehörde auch im kommenden Jahr eine allen Volkskreisen nützliche gute Wirkung!

Abg. Meyer (Deutschnat.):

Die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler zeigt in Bezug auf die Frage der staatlichen Selbständigkeit, wie grundsätzlich verschieden unsere Ansichten von denen des Landespräsidiums sind. Herr Köhler spricht von lebensfähigen und nicht lebensfähigen Ländern, die unter dem gemeinsamen Dach des Reiches ihr Eigenleben führen wollen. Es gilt daher, zu prüfen, zu welcher Gruppe Lippe gehört. Die Anschauung des Landespräsidiums, daß Lippe vorläufig noch selbständig bleiben könne, daß sich aber auf die Dauer die Frage des Anschlusses nicht nur aus finanziellen, sondern auch grundsätzlichen Erwägungen nicht werde umgehen lassen, trägt zu sehr die Vermutung in sich, daß Lippe nicht mehr lebensfähig erscheint. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß gerade die Kreise, die für das Aufgehen der Länder in eine größere Einheit sind, die Landespolitik leitend beeinflussen. **Demgegenüber stehen die Deutschnationalen auf einem anderen Standpunkt. Die Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit wäre ein bedauerlicher und schmerzlicher Verlust, denn es waren nicht nur dynastische Gründe, die das Land über die Jahrhunderte hinaus zusammenhielten. Wenn man heute die Stimmen zählen würde, für das Für und Wider, so weiß man nicht, wie das Ergebnis ausfallen wird. Das Parteidogma scheint dabei nicht in so starkem Maße maßgebend zu sein. Wir sind daher der festen Ueberzeugung, daß unser Standpunkt von den meisten Lippern geteilt wird. Daher muß es Aufgabe und Pflicht der Landesregierung sein, den Nachweis zu bringen, daß unser Land lebensfähig ist und die Gunst der Stunde dahin auszunutzen, es auch lebensstark zu machen. Dazu ist es aber nötig, daß sie mit vollem Herzen dabei ist, denn wer sich selbst verloren wähnt, der ist verloren. Es müssen bestimmte Garantien vom Reich erlangt werden, um den Steuerausfall durch die lippischen Wanderarbeiter auf dem Wege des Finanzausgleichs wieder wettzumachen.** Der Paragraph 35 erfordert im Etat eine ganz besondere Position. Wir hätten es aber für richtig gehalten, wenn man das gesamte Aufkommen des Paragraphen 35 eingesetzt hätte. Die Bildung eines Betriebsstocks für die Landkasse halten auch wir für richtig, fraglich ist nur, ob die Höhe von 450 000 ℳ angemessen erscheint. Richtiger wäre es gewesen, die Ansammlung dieses Betriebsstocks auf die Dauer mehrerer Jahre zu verteilen. Dasselbe läßt sich auch in Bezug auf die Bereitstellung der Mittel für den Wegebau sagen. Auch hier müßte die Summe von 700 000 ℳ auf längere Zeit verteilt werden und ein Teil davon in den außerordentlichen Etat übergeführt werden. Die zahlreichen dem Lande zur Verfügung stehenden Gelder befähigen Lippe durchaus, auch ohne den Pragraphen 35 seine Selbständigkeit aufrecht zu erhalten.

Der zu erwartende Ueberschuß läßt durchaus eine Senkung der Realsteuern zu. Dadurch wird auch die Möglichkeit geschaffen. Lippe lebensstark zu machen. Auch das richtige Verhältnis zwischen Grundwert- und Gewerbesteuer ist nicht gewahrt worden und muß wieder hergestellt werden.

Ein weiteres Mittel der Tragbarmachung der Lasten der Staatsbürger ist auch die Erhöhung des Zuschusses für die Landeskirche. Tatsache ist, daß die Kirche nicht auskommt mit dem, was sie hat, und gezwungen ist, höhere Steuern zu nehmen. Eine Erhöhung des Zuschusses liegt nicht im Interesse der Kirche, sondern vor allem im Interesse der Steuerzahler.

Ein besonderes Wort verdient auch die Entschuldungssteuer, weil in gewisser Beziehung die Darstellung des Landespräsidiums nicht den Tatsachen entspricht. Der Einspruch des Reichsfinanzministers richtet sich nicht auf die Dauer, sondern die Höhe der Steuer. Wir halten es daher für richtig, daß auch der Schriftwechsel zwischen Reich und Land offengelegt wird.

Die Vermögensaufstellung, die an sich zu begrüßen ist, gibt von der Wirtschaft ein geradezu erschütterndes Bild. Die günstige Lage des Staates hat sich nicht auf dem richtigen Wege entwickelt. Er hat sich einen Besitz zugeführt, der in erster Linie den Gemeinden gehört. Die Deutschnationalen haben nichts dagegen, wenn einige Beamten mehr eingestellt werden. Das lange Warten der Anwärter trägt nicht gerade zur inneren Befriedigung bei. Es ist nur darauf zu achten, daß rechtzeitig die Stellen wieder eingespart werden.

Dieser Haushaltsplan wird mit Leichtigkeit einen Ueberschuß von 800 000 ℳ aufbringen können. Wenn man mit offenen Karten spielt, muß man ihn auch in die Erscheinung treten lassen und ihn benutzen, um die Kreise zu stärken, die die Steuern im wesentlichen aufzubringen haben. Insbesondere fehlt den landwirtschaftlichen Betrieben die Kraft, das investierte Kapital zu verzinsen. Wenn man auf diese Weise das Vermögen des Landes vermehrt, kann man auch mit Leichtigkeit die Realsteuern auf eine andere Grundlage stellen. Der diesjährige Haushaltsplan bietet die Möglichkeit, der Wirtschaft Gelegenheit zur Erholung zu geben, die sie braucht, um die Steuern aufzubringen, die zur Erhaltung der staatlichen Selbständigkeit erforderlich sind.

Abg. Richard Müller (D.V.P.):

Zunächst möchte ich sagen, daß ich den starken Optimismus meines Herrn Vorredners nicht zu teilen vermag. (Sehr richtig! am Regierungstisch.)

Im Gegensatz zu den allgemeinen Eindrücken des vorjährigen Haushaltsplanes, den wir dahin charakterisierten, daß uns das Landespräsidium vor besonders schwierige Aufgaben gestellt hätte, steht sich diesmal das Bild etwas freundlicher an, wie das auch aus den Worten des Landespräsidiums deutlich hervorging.

Herr Drake rückte mit Recht unsere finanziellen Beziehungen oder, besser gesagt, unsere finanzielle Abhängigkeit von den Maßnahmen und Zuwendungen des Reiches in den Vordergrund, und man wird beim näheren Studium des Etats dieses Bleigewicht immer stärker empfinden.

Man braucht sich nur klar zu machen, daß in den Rechnungen der 3 Jahre nicht weniger als folgende besondere Zuwendungen des Reiches RM. 2 830 000 und aus der Gefahrengemeinschaft mit Preußen enthalten sind netto RM. 1 000 000; zusammen RM. 3 830 000, so daß in Staat und Gemeinden unter der Voraussetzung, daß der diesjährige Staatshaushaltsplan nicht durch weitere Wünsche der Fraktionen aus dem vorgesehenen Gleichgewicht gebracht wird, wir in Wirklichkeit in Lippe nach Abzug des Vortrages von etwa 400 000 RM. vor einem Defizit von etwa RM. 3 400 000 stehen würden, wenn die oben erwähnten besonderen Einnahmen nicht zu verzeichnen wären. — Die vom Landespräsidium mit gewissem Recht hervorgehobene „Gunst der Stunde" hat also zweifellos auch eine sehr düstere Seite, und zwar gerade in den finanziellen Beziehungen zum Reich, denn niemand unter uns wird darüber im Zweifel sein, daß

bei Fortfall des § 35 die Tage der Selbständigkeit Lippes in ganz kurzer Zeit gezählt

sein würden. Man braucht dazu nur auf die Durchschnittsberechnung der Steuerbelastung in den deutschen Ländern zurückzugreifen, die Herr Drake vorgestern hier vorgetragen hat. Selbst wenn man annehmen wollte, daß diese Berechnungen auf völlig vergleichbarer Basis erfolgt wären, und man setzte den Durchschnitt der deutschen Länder auf etwa RM. 40.— pro Kopf an, so würde die Spanne zwischen 20 und 40 RM. — immer die gleiche Leistungsfähigkeit der lippischen Bevölkerung wie im Reichsdurchschnitt vorausgesetzt — eine genaue Verdoppelung der lippischen Landessteuern bedeuten, und dieser Betrag könnte dann gerade ausreichen, um auf die Dauer mit dem entsprechenden Landesanteil daraus den Staatshaushalt ungefähr im Gleichgewicht zu halten, auch das nur dann, wenn wir bei der zukünftigen Reichsgarantie und dem Finanzausgleich in Summa nicht schlechter für Staat und Gemeinden fortkommen, als bisher ohne den § 35.

Man muß sich fragen, ob eine solche Möglichkeit überhaupt gegeben wäre, und ich glaube persönlich, das mit einem glatten Nein beantworten zu müssen, denn der Vergleich der Steuerbelastung auf den Kopf beweist eben schon von vornherein, daß die wirtschaftliche Struktur in Lippe eine verhältnismäßig ungünstige sein muß, worunter natürlich der Ausfall des staatlichen Interesses an der Produktion von 8—10 000 Wanderarbeitern einen ganz großen Anteil hat.

Man braucht sich nur vorzustellen, wie anders sich die steuerliche Leistungsfähigkeit Lippes darstellen würde, wenn diese Arbeiterzahl produktiv im Lande selbst, z. B. in 10 Großbetrieben mit je 800—1000 Mann Belegschaft, tätig sein würde, wodurch allein der Ertrag an Umsatzsteuer aus Dutzenden von Millionen an Umsatz steigen und auch die entsprechenden Einnahmen an Einkommen- bzw. Körperschaftssteuern für Land u. Gemeinden sich ganz erheblich vermehren würden, um den richtigen Begriff von den steuerlichen und wirtschaftlichen Folgen für unser Land zu bekommen.

Aber auch sonst scheint die Leistungsfähigkeit der lippischen Volkswirtschaft bzw. der Wert der der Realbesteuerung zu Grunde liegenden Objekte sowohl wie ihre Erträge sich nicht unerheblich unter dem Reichsdurchschnitt zu halten; d. h. uns fehlt im wesentlichen das, was andere kleine Staaten, wie Anhalt, Braunschweig usw., ganz wesentlich stützt, d. h. die Großproduktion in Kali, Bergwerken, Maschinenbau, Großlandwirtschaft auf bestem Boden und dergleichen mehr. Die Zusammensetzung von Handel, Gewerbe und landwirtschaftlichen Kleinbetrieben im Verhältnis zu anderen Staaten spielt eben bei den Vergleichsmöglichkeiten eine ganz bedeutende Rolle, die man nicht übersehen darf.

Es ist heute verfrüht, darüber nachzusinnen, was nun endgültig zu geschehen hat, wenn der ungünstigste Fall eintritt, nämlich die glatte Streichung des § 35 ohne Gewährung eines entsprechenden Equivalents von Reichswegen in irgend einer anderen Form, wohl ist es aber schon heute unsere Pflicht, zu der Auffassung des Präsidiums bezüglich der Selbständigkeit und der starken finanziellen Abhängigkeit vom Reich von seiten des Landtages Stellung zu nehmen.

Wir stimmen durchaus mit dem Präsidium darin überein, daß wir uns mit aller Kraft dagegen wehren müssen, daß Lippe und andere in ähnlicher Lage befindlichen Kleinstaaten vom Reich absichtlich strangluliert werden, und das Reich selbst sollte sich sagen, daß es ganz bestimmt die Reichsfreudigkeit nicht nur der Liliputländer, wie Lippe, Schaumburg-Lippe, Mecklenburg-Strelitz, nachteilig beeinflussen würde, sondern daß auch große süddeutsche Staaten mit politischem Weitblick daran verhindert werden müssen, gegen eine zu starke und zu schnelle Unitarisierung des Nordens wieder eine politische und finanzielle Mainlinie zu schaffen. Auch uns steht die Einheit des deutschen Reiches und Volkes über alle kleinlichen und kleinstaatlichen Erwägungen, aber wir müssen von den zentralen Stellen in Berlin auch würdiges Verständnis und Verhalten gegenüber unserer Lage erwarten.

Jedenfalls hoffen wir, daß das Präsidium seine Augen in dieser Hinsicht offen hält, damit wir nicht plötzlich vor unliebsamen Entwicklungen oder gar Ueberraschungen stehen, die dann vielleicht nicht mehr zu meistern sind. Nur eine Selbständigkeit, die nicht vollkommen unterhöhlt ist, kann uns etwas nützen und wird das Landespräsidium, wenn alle Stricke reißen sollten, stets in der guten Position finden, daß wir auch etwas von Belang in die Wagschale des Handelns zu werfen haben.

Was die Rückwirkungen der gesamten finanziellen Einstellung auch für die Stadt- und Landgemeinden in Lippe bedeuten muß, brauche ich wohl angesichts der vorgetragenen Tatsachen nicht mehr besonders zu unterstreichen. Wünschenswert ist zweifellos für den Landtag, daß den Abgeordneten einmal

klare Uebersichten über die finanzielle Situation der Stadt-, Land- und Schulgemeinden

zugehen, denn es müßte doch möglich sein, hierüber in konzentrierter Form, getrennt nach den 3 oder 4 in Frage kommenden Faktoren, eine Aufstellung zu machen, aus der man die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des verflossenen Jahres sowie den Stand der derzeitigen Verschuldung, und welche Zu- oder Abnahme im Laufe des Haushaltjahres 1926/27 hierin eingetreten ist, ersehen kann. Das scheint unserer Fraktion um so notwendiger, als vorgestern von seiten des Landespräsidiums von den „lachenden Städten" und „weinenden Amtsgemeinden" gesprochen wurde, denn wie wir vom Reich eine gerechte Berücksichtigung unserer wirklichen Lage erwarten, so müssen auch Landespräsidium und Landtag die Sorgen entsprechend prüfen, die Stadt und Land gegenüber dem Staat bewegen.

Wir möchten die ausdrückliche Bitte an das Präsidium richten, uns einmal darüber klaren Wein einzuschenken, ob nach seiner Kenntnis der Dinge in allen Gemeinden mit derjenigen Sorgsamkeit über die Bemessung der Ausgaben gewacht worden ist, die der Landtag voraussetzen muß, wenn er für die Zukunft in der Lage sein soll, zutreffende und gerechte Schlüssel für die Verteilung der Steuern zu beschließen, denn ohne Kenntnis der vorher erbetenen Unterlagen ist es schwierig, sich ein zutreffendes Bild von der wirklichen Lage der Gemeindefinanzen zu machen. — In diesem Zusammenhang möchten wir auch eine

Aenderung des Gewerbesteuergesetzes

vorschlagen und behalten uns dazu einen besonderen Antrag vor. Der § 21 zwingt bekanntlich die Gemeinden, bis zum 1. März ihre Beschlüsse über die zu erhebenden Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer bekanntzugeben, an die sie dann gebunden sind. Es ist aber offenbar eine Unmöglichkeit für die Körperschaften, in dieser Beziehung das sachlich und wirtschaftlich Richtige zu tun, weil bis jetzt die Gesamtergebnisse der Veranlagung noch gar nicht vorliegen und sie eine Uebersicht über das wirkliche Soll noch gar nicht haben. Auch in künftigen Jahren dürften speziell bei der Gewerbesteuer die neue Veranlagung und deren Mitteilung an die städtischen und ländlichen Körperschaften niemals bis zum 1. März erfolgt sein. Es empfiehlt sich deshalb u. E., nicht nur für dieses Jahr, sondern generell eine Lockerung in dieser Beziehung eintreten zu lassen, um auch nachträglich, natürlich unter Berücksichtigung der technischen Voraussetzungen, bei den Finanzämtern eine anderweitige Regelung der Zuschlagsätze zu treffen; da die Grundwertsteuer und die Gewerbesteuer in dieser Hinsicht verkoppelt sind, so dürfte sich ein

gleiches Verfahren auch für die Grundwertsteuer als notwendig ergeben.

Wenn wir im Augenblick davon absehen, einen besonderen Antrag auf Senkung von Steuersätzen zu stellen, so deshalb, weil uns aus den oben erwähnten Gründen ebensowenig wie den übrigen Körperschaften eine Beurteilung des wirklichen Aufkommens aus der Gewerbesteuer möglich ist, und weil auch bei der Grundwertsteuer infolge der neuen Feststellung des Einheitswerte ein maßgebliches Urteil noch nicht gefällt werden kann. Für die Beurteilung der bisherigen und zukünftigen Grundsteuererträge ist u. E. nunmehr die Zeit gekommen, nach Feststellung der Einheitswerte, die gemeindeweise bei den Finanzämtern bereits vorhanden sein werden, Aufstellungen mit positiven Zahlen zu bekommen, die uns hoffentlich das Präsidium demnächst vorlegen kann, damit die Festsetzung in den zu erwartenden neuen Gesetzen auf einwandfreier Grundlage erfolgen kann. Wir müssen uns aber natürlich vorbehalten, hierauf im Laufe der Monate zurückzukommen.

Daß die Vorausleistungen für den Wegebau, d. h.

die lippische Automobilsteuer

vom Reichsfinanzhof als ungültig bezeichnet worden ist, entspricht unserer wiederholt vorgetragenen Auffassung in dieser Beziehung, und wir erwarten, daß das Landespräsidium die infolgedessen zu Unrecht erhobenen Beträge den Steuerzahlern restlos zurückerstattet. Wir haben es früher bereits als einen unmöglichen Zustand bezeichnet, daß infolge der ausgesprochenen Ungültigkeit ein Teil der Kraftwagenbesitzer die Steuer gesetzmäßig erlegt hat, während der andere Teil nicht dazu angehalten werden kann.

Daß wir den

2. Teil des Entschuldungssteuergesetzes

seinerzeit bekämpft und abgelehnt haben, ist bekannt; wir hoffen deshalb, daß das Landespräsidium in dieser Beziehung entsprechende Rücksicht auf unsere Auffassung nimmt und eine Gesetzesvorlage unterbreitet, die sowohl dem Einspruch des Herrn Reichsministers der Finanzen, als auch den berechtigten Wünschen der vom 2. Teil Betroffenen Rechnung trägt, wobei wir insbesondere voraussetzen, daß der Härte-Paragraph in den Fällen offenbarer Unbilligkeit auch entsprechende, nicht rein fiskalische Anwendung findet. Es darf bei dieser Gelegenheit, die nur zu oft von der Oeffentlichkeit nicht beachtete Tatsache noch einmal in Erinnerung gebracht werden, daß Industrie, Handel und Gewerbe durch die

Vorbelastung mit den Industrieobligationen in Höhe von 5 Milliarden

zu Gunsten der ehemaligen Feindbundmächte ein ganz gewaltiges Opfer durch die Zinsleistungen zu bringen hat, das bei der Steuerbelastung dieser Berufszweige wegen seiner Nichtabzugsfähigkeit nur allzugern übersehen wird. Wir regen weiter an, in Erörterung darüber einzutreten, ob es nicht ein Akt der Billigkeit sein würde, einen Teil des Erlöses aus Nr. 2 des Gesetzes denen zuzuwenden, die während der Papiermarkzeit den schwersten Schaden an ihrem Vermögen erlitten haben.

Das Vorgehen des Reiches und die Ausführungen des Herrn Reichsministers der Finanzen bezüglich des

Reichsrahmengesetzes für die Realsteuern der deutschen Länder

beweisen, daß man sich nachgerade in der großen Mehrheit des Volkes überzeugt hat, daß die Buntscheckigkeit der Steuerbelastungen dringend nach vernünftiger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tragbarkeit verlangt, und daß nicht unmäßige Einzelbelastungen in Ländern, Städten und Gemeinden die Reichsauffassung über gewisse Grenzen der Steuerbelastung illusorisch machen, und daß wir dementsprechend selbst bei unseren Steuergesetzen und ihrer Durchführung nicht nach den Gesichtspunkten des

rücksichtslosen Fiskalismus, sondern unter Berücksichtigung der Notwendigkeit handeln, daß nur der lebendige Strom der Wirtschaft die tausende ihrer vertrockneten Kanäle wieder füllen kann.

Weit über ½ Million Erwerbsloser

sind noch vorhanden und es wird einer ungeheueren wirtschaftlichen Anstrengung des deutschen Volkes bedürfen, um durch richtige handelspolitische und steuerliche Maßnahmen den Umlauf für Wirtschaftszwecke freier Gelder nach und nach so zu erhöhen, daß diese Arbeitslosenzahl auf ein normales und erträgliches Maß zurückgeführt werden kann.

Es ist bedrückend zu hören, daß viele Millionen Reichsmark für diese Erwerbslosigkeit allein im Lande Lippe im letzten Jahre haben aufgebracht werden müssen, die letzten Endes doch nur durch schärfste Belastung derjenigen herbeizuschaffen sind, die noch eine, sei es selbständige, sei es nicht selbständige Erwerbstätigkeit haben und verdienen können. Wenn auch der Reichsfinanzminister in Aussicht stellt, daß den Ländern in dieser Beziehung im laufenden Jahre weitestgehende Schonung zuteil werden soll, so ist damit doch die traurige Tatsache einer durch untragbare Lasten in großen Teilen zum Stillegen verurteilten Volkswirtschaft nicht aus der Welt zu schaffen.

Es kann deshalb nach unserer Auffassung trotz des günstigeren Bildes nicht genug davor gewarnt werden, die Entwicklung auf die leichte Schulter zu nehmen und deshalb Bewilligungen vorzunehmen, die wir uns nicht leisten können.

So sehr wir deshalb Verständnis für den Vorschlag des Präsidiums über die Verwendung des letztjährigen Ueberschusses haben, so zwingt uns doch unsere wirtschaftliche Ueberzeugung, in eingehende Erörterung darüber einzutreten, ob es wirklich dabei bleiben kann.

Was die Personalausgaben des Landes

angeht, so wollen wir uns mit den wenigen angeforderten Stellen angesichts der unabweisbaren Notwendigkeit einverstanden erklären, bitten aber unbedingt hinsichtlich der Schaffung weiterer fester Stellen die äußerste Zurückhaltung zu beobachten, zumal sich aus den Ausführungen des Präsidiums ergibt, daß wir weit über 100 % mehr Ausgaben in dieser Beziehung haben als 1913, und daß wir in dieser Hinsicht besonders auch bei der Summe der Ruhegehälter, im Verhältnis zu den anderen Ländern, schon mehr Lasten zu tragen haben. Es bleibt ferner zu berücksichtigen, daß im Reichstag kürzlich von der zukünftigen Aufbesserung der Beamtenbezüge gesprochen worden ist, und daß immerhin mit der Möglichkeit des früheren oder späteren Eintritts einer solchen Mehrausgabe auch für Lippe gerechnet werden muß, die den demnächstigen Ausgleich unserer Einnahmen und Ausgaben mit weiteren Fragezeichen versieht.

Die Mitteilungen des Landespräsidiums über den

Stand der Gerichtsgebühren in anderen Ländern

kann uns nicht veranlassen, von unseren wiederholt vorgetragenen Wünschen Abstand zu nehmen, die darauf hinauslaufen, daß eine Anzahl Gebühren, die weit über das erträgliche Maß hinausgehen, unter allen Umständen ermäßigt werden müssen. Das Landespräsidium hat ja auch die Zusage in dieser Hinsicht im Vorwort zum Haushalt gegeben, daß das nunmehr geschehen soll. Daß zur

endgültigen Durchführung der Aufwertungsangelegenheiten,

die einzelne Gerichte noch auf 1—2 Jahre beschäftigen sollen, besondere Hilfskräfte herangezogen werden müssen, scheint uns im Interesse der ordnungsmäßigen Abwicklung der laufenden Rechtsangelegenheiten unumgänglich, und wir schließen uns den Vorschlägen in dieser Beziehung deshalb an.

So bedauerlich die ungewöhnlich große jährliche Ausgabe für

die Unterhaltung der Landesstraßen

ist, so wenig scheint sie uns angesichts der in allen Ländern mehr und mehr in Erscheinung tretenden starken Entwicklung des Schnellverkehrs zu umgehen zu sein; ob über den Rahmen des vorjährigen Anschlages hinaus 150 000 RM. mehr dafür aufgewandt werden müssen, scheint noch des näheren zu prüfen zu sein, nachdem ohnehin in dem außerordentlichen Etat weitere 460 000 RM. für dieses Jahr enthalten sind, was also einem Aufwande von 1.2 Millionen in einem Jahr für diesen Zweck gleichkommt.

Da nach einer gestern dem Landtag zugegangenen Eingabe „99⁹/₁₀ % aller Landwirte die Landwirtschaftskammer für Lippe beseitigt sehen wollen," so läßt sich vielleicht in diesem Jahre, wenn der Petitionsausschuß diesem originellen Antrag wider Erwarten zustimmen sollte, um so viel mehr für Handel und Gewerbe tun, und wir empfehlen in dieser Beziehung dem Landtag ohne Mehrbelastung des Etats eine recht offene Hand zu haben, zumal da für Handel und Gewerbe ja stets nur recht geringe Beträge eingesetzt worden sind.

Die Angelegenheiten der Volksbildung werden wie jedes Jahr auch dieses Mal einer besonders eingehenden Prüfung bedürfen und wir haben in dieser Hinsicht die verschiedensten Wünsche dem Landespräsidium und dem Landtag vorzutragen:

Im Laufe der letzten Jahre haben wir uns mit dem gesamten Landtag bereitwilligst den

notwendigen Ausbau unserer Volksschule

angelegen sein lassen in der Erkenntnis, daß die Volksschule dem größten Teil unseres Volkes die Grundlage einer für den Kampf im heutigen Wirtschaftsleben genügenden Bildung vermitteln muß. Auch sind wir bereit gewesen, zur Erfüllung der Aufgaben des Fortbildungsschulgesetzes die Zustimmung zur Neueinstellung von hauptamtlichen Berufsschullehrern zu geben. Wir müssen aber entschieden verlangen, daß die Verteilung der auch von uns für 1927 im voraus bewilligten Summe für freie Lernmittel so geschieht, daß der Unterrichtsbetrieb dadurch nicht gestört wird und keine Verarmung der Schule an guten Unterrichtsmitteln, besonders an Schulbüchern, eintritt. Wir erwarten, daß die Oberschulbehörde dem Ausschuß befriedigende Mitteilungen darüber machen kann, wie sie zu verfahren gedenkt, um die eben erwähnten Mißstände nicht wieder in Erscheinung treten zu lassen. Grundsätzlich bleibt unsere Ueberzeugung die frühere, daß die Gewährung freier Lernmittel an alle unsere Schüler für uns eine Unmöglichkeit ist und daß man daher nicht denjenigen Eltern, die sehr wohl in der Lage sind, sich Lernmittel selbst zu beschaffen, diese schenken sollte. Es will uns daher scheinen, daß auf die Dauer eine Außerachtlassung der Bedürftigkeitsfrage nicht durchführbar ist.

Es erscheint nunmehr aber auch notwendig, dem höheren Schulwesen unseres Landes erneute Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit auch unsere höheren Schulen ebenso wie die Volksschulen nicht hinter den uns umgebenden preußischen Gebietsteilen zurückbleiben. Wir hoffen auch hier aus dem Zustand der Zurückstellung und Erwägung demnächst herauszukommen, wozu die angekündigte Denkschrift des Herrn Oberschulrats wohl die Grundlage abgeben wird. Es kann hier nicht allein die Zahl der höheren Schulen im Verhältnis zur Einwohnerzahl maßgebend sein, sondern wir müssen erreichen, daß den berechtigten Ausbildungsbedürfnissen unseres Landes Rechnung getragen wird, dazu rechnen wir auch eine ausreichende Ausbildung der Mädchen.

Inwieweit die übrigen gehobenen Schulen des Landes dem ganzen Schulsystem eingegliedert werden können und wie Staat und Gemeinden sich in der Aufbringung der Mittel teilen, das ist eine Frage, die zur gleichen Zeit gelöst werden muß. Es geht auf die Dauer nicht an, daß Stadt- und Landbewohner, Eltern von Knaben oder von Mädchen so ungleiche Ausgaben für ihre Kinder haben. Wir werden auch wohl nicht darum herumkommen, für die Fortbildung unserer Lehrer etwas mehr als bisher zu bewilligen, als mit ganzen 500 ℳ vorgesehen ist.

Wir verlieren keinen Augenblick aus den Augen, daß unsere Jugend der Träger unserer Zukunft ist, und daß wir ihr alle Möglichkeiten, zu denen wir irgend fähig sind, eröffnen müssen, um nicht nur geistig, sondern auch körperlich für den schweren Daseinskampf, in den Deutschland und seine Bevölkerung nun einmal gestellt ist, entsprechend für ihr Leben gerüstet zu sein. Es würde uns in dieser Beziehung besonders freuen, wenn der Landtag in dem Punkte der Jugendherbergen und der Bewilligungen dafür etwas weitergehen könnte als bisher vorgesehen war, denn die Erschließung unseres Teutoburger Waldes für die wandernde Jugend ist doch von ganz besonderer Bedeutung.

Von den Verhandlungen des Landespräsidiums mit der Vermögensverwaltung des ehemaligen Landesfürsten haben wir mit Interesse Kenntnis genommen und wir werden weiterhin diese für beide Teile bedeutsame Angelegenheit verfolgen, müssen jedoch unsere Zustimmung zu einem etwaigen endgültigen Abschluß in dieser Beziehung von verschiedenen Voraussetzungen abhängig machen, die bekannt zu geben, vorläufig verfrüht erscheint, solange ein greifbarer Vorschlag noch nicht aus den Verhandlungen in Erscheinung getreten ist.

Jedenfalls hoffen wir, daß der Landtag in den nächsten Wochen unter Zurückstellung zu weitgehender Wünsche auf allen Seiten im Interesse des Ganzen fruchtbringende Arbeit leisten wird. Was an uns liegt, werden wir gern tun, um dem Wunsche des Landespräsidiums, daß bis zum 1. April der Haushalt verabschiedet vorliegen möchte, nachzukommen.

Die Einmänner-Fraktionen

Abg. Scholz (Komm.) führt Klage wegen des eigenmächtigen Vorgehens einiger unterer Verwaltungsbehörden in der Ausführung der vom Landtag beschlossenen Gesetze. Er erinnert in dieser Beziehung an den Ausspruch des Präsidialmitgliedes Drake: „Die fortschreitende Legislative ist ohnmächtig bei einer rückständigen Exekutive". Der Redner polemisiert auch gegen die Besetzung des Landgerichtsdirektorpostens in Detmold durch einen besonders scharfen Vertreter der Reaktion (!) und heat auch Befürchtungen hinsichtlich der Besetzung des Direktorpostens am Lemgoer Gymnasium. Herr Drake habe eine Stunde und 50 Min. über die günstige Finanzlage gesprochen. Aber gerade das Ungünstige, worüber er nur 5 Minuten gesprochen habe, gebe ihm zu denken. Im besonderen seien für ihn die Ausführungen über den Geburtenrückgang interessant gewesen, der nach seiner Meinung immer dann eintritt, wenn die Menschheit im Zeichen des Verfalls stehe. Daß er auch diesem 7. Etat nicht zustimme sei selbstverständlich.

Abg. Kuhlemeier (Dem.), der im großen und ganzen den Ausführungen des Landespräsidiums zum Etat zustimmte, meinte, es komme alles auf das Verhältnis des Landes zum Reiche und auf den Finanzausgleich an. Man müsse die Reichseinheit auf einem Wege zu erreichen versuchen, der die Staaten nicht verstimme. Der Redner spricht seine Verwunderung über die Ausführungen des Abg. Meyer aus, der mit seinem übertriebenen Optimismus ja nur erreiche, daß von Reichs wegen der Paragraph 35 gestrichen wird, und dann sei es mit der staatlichen Selbständigkeit, als deren Verfechter sich insbesondere die Deutschnationalen bekannt hätten, endgültig vorbei. Auf dem Gebiet des Schulwesens gehe es nicht an, daß man mit den höheren und gehobenen Schulen auch weiterhin im Dunkeln tappe. Man müsse endlich dazu kommen, einen einheitlichen Rahmen zu schaffen, in dem jeder Schule ein gewisses Ziel gesteckt wird. Der Redner bezweifelt, daß der Haushaltsplan der Landeskirche richtig aufgestellt sei. Es müsse schwarz auf weiß nachgewiesen werden, daß die Kirchensteuer wirklich nicht mehr als 200 000 ℳ gebracht habe.

Abg. Fassemeier (Wirtsch. Vereinig.): Meine Stellungnahme zu der Regierung und dem vorliegenden Etat ergibt sich aus der Abstimmung bei der Wahl dieses Landespräsidiums. Wie weit sich das damals angekündigte neutrale Wohlwollen halten läßt, wird die Zukunft lehren. Bei dem Etat hege ich deshalb auch Bedenken, weil Lippe dazu übergegangen ist, kurz befristete Regierungen zu bilden. Zu einem solchen System kann man nicht gut Vertrauen haben. Es läßt auch die Frage zu: brauchen wir überhaupt noch Minister? Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Lippe auch mit einem Mann auskommt, um den sich als ruhender Pol alles dreht. (Zuruf links: Thron und Zepter?) Gefreut habe ich mich über die sehr warmen Worte für die Sparer, so daß ich glauben konnte, ich sei in diesem Hause überflüssig. (Heiterkeit.) Das Präsidium hat nun die Pflicht, mit derselben Energie, wie es sich für den Paragraphen 35 beim Reiche einsetzt, auch dahin zu wirken, daß die Strangulierungsgesetze aufgehoben werden und einer gerechten Aufwertung Platz machen. Den Amtsgerichten müssen zur Erledigung der Aufwertungsgeschäfte unbedingt Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden. Von den Billigkeitsklauseln des Aufwertungsgesetzes muß mehr Gebrauch gemacht werden. Die Aufwertungsfreundlichkeit der Parteien ist schön und nett, es fragt sich nur, wie sie zusammenhängt. Wahrscheinlich wird bei ihnen ein Inventurausverkauf eingesetzt haben, bei dem auch für die betrogenen Sparer etwas zu haben ist. Die Sparer legen keinen Wert darauf, wer ihnen hilft, sondern daß ihnen überhaupt geholfen wird. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß beim Verabschieden des Etats die Sache der Sparer anders aussehen möge als heute.

Die Erwiderung des Landespräsidiums

M. d. L.-Pr. Drake geht hierauf auf einzelne der in der Debatte vorgebrachten Meinungsäußerungen ein, wobei er zunächst dem Landtag für die ruhige und sachlich wertvolle Kritik dankt, die dem Landespräsidium und den Ausführungen des Landespräsidiums zuteil geworden sei. Bezüglich der Frage der staatlichen Selbständigkeit könne er im Namen des Präsidiums nur die Worte des Abgeordneten Müller unterstreichen. Den letzthin von Herrn Meyer eingenommenen Standpunkt: Aufrechterhaltung der staatlichen Selbständigkeit um jeden Preis könne das Präsidium in keiner Weise teilen. Man dürfe die großen Ziele nicht aus den Augen verlieren und er sei davon überzeugt, daß auch die Deutschnationalen sich dazu bekennen werden. Seit Jahren sei man in eine Entwicklung hineingekommen, die in der Tat die Frage der Selbständigkeit in einem etwas fragwürdigen Licht erscheinen ließe. Die früheren Verhältnisse seien durch die Reichsverfassung und die finanzielle Entwicklung längst überholt und erledigt worden. Dadurch sei die Selbständigkeit in so starkem Maße unterhöhlt worden, daß man schon, wenn man mit diesem Begriffe operieren wolle, zu Kunstgriffen besonderer Art greifen müsse. Angesichts der letzten Entwicklung im Reichstag, wo maßgebende Parteien sich entschieden für die Aufhebung des § 35 erklärt haben, würde es bedeuten, den Kopf in den Sand zu stecken, wenn man nicht die Augen offen behielte und das täte, was evtl. die Stunde erfordere. Der Landtag dürfe davon überzeugt sein, daß das Präsidium die Augen offen behalten und mit dem Landtag in ständiger Fühlung gerade bei dieser wichtigen Frage bleiben werde. Der erste gegebene Zeitpunkt werde dann gekommen sein, wo man einigermaßen klar übersehen könne, was aus dem endgültigen Finanzausgleich tatsächlich wird. Man möge im übrigen zu den Worten des Abgeordneten Müller so oder so stehen: Nicht verkennen könne man aber, daß in der Tat das Schicksal des § 35 auch eine sehr wesentliche Bedeutung für das Land Lippe haben werde.

Bezüglich der Vorwürfe, daß der staatliche Grundbesitz verschleudert werde, wolle er auf seine vorgestrigen Ausführungen verweisen und nur fragen, ob diejenigen Leute, die derartige Vorwürfe erheben, überhaupt etwas dazu beigetragen hätten, daß dieser staatliche Besitz erreicht wurde. Ueber den Staatszuschuß an die Kirche werde man sich im Hauptausschuß in aller Ruhe und Sachlichkeit unterhalten dürfen. Nachdem der Landtag bereits zu erkennen gegeben habe, daß er, wenn tatsächlich eine zu starke Notlage der Landeskirche nachgewiesen würde, zu weiteren Verhandlungen bereit sei, werde er auch wohl zu dies'em Wort stehen. Die endgültige Gemeindeverfassung werde dem Landtag nach Abschluß der Etatsberatungen, etwa im Mai, nochmals vorgelegt werden. Herr Meyer habe gemeint, das Landespräsidium müsse mit offenen Karten spielen. Dies habe das Präsidium auch stets getan und den Abgeordneten jederzeit Einblick in die Akten gewährt. Das solle auch in Zukunft so bleiben. Wenn Herr Meyer dann weiter gesagt habe, daß man die Einkünfte aus dem § 35 sehr wohl bestimmen könne, so gebe er zu bedenken, daß man den Etat der Reichsregierung nicht als Maßstab für die Berechnungen der einzelstaatlichen Länder ansehen dürfe. Man wisse ja auch noch garnicht, wie hoch das Steueraufkommen in Lippe sein werde. An Steuersenkungen könne man nur mit äußerster Vorsicht herangehen. Von deutschnationaler Seite sei bekanntlich in den letzten Tagen wiederholt der Vorwurf gegen den früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erhoben worden, daß er die von seinem Amtsvorgänger angesammelten Mittel verwirtschaftet habe. Wenn man das auf unsere Verhältnisse übertrage, so müsse man doch zugeben, daß solche Angriffe gegen das Landespräsidium nicht erhoben werden könnten. Auch das Präsidium erkenne durchaus an, daß die Steuerlast in Lippe schwer sei, aber im Vergleich zu anderen Staaten sei die Steuerlast in Lippe verhältnismäßig niedrig. Die von dem Abgeordneten Müller geforderte Uebersicht über die Gemeindefinanzen werde dem Landtag demnächst zugeleitet werden. Bezüglich einer Kontrolle über die Gemeindeausgaben sei zu sagen, daß das Präsidium auch oft das Empfinden gehabt habe, daß es zweckmäßig sei, eine gewisse Oberaufsicht der Staatsverwaltung in dieser Hinsicht zu üben, aber man müsse dabei etwas vorsichtig verfahren angesichts der Selbstverwaltung der Gemeinden. Wegen der etwaigen Rückzahlung der erhobenen Automobilsteuer habe das Präsidium sich bereits mit dem Reichsfinanzministerium in Verbindung gesetzt und werde nach Eingang der erbetenen Auskunft dem Landtag evtl. eine besondere Vorlage unterbreiten. Ueber die Verhandlungen mit dem Fürsten wolle er nur nochmals sagen, daß der Domanialvertrag von 1919 natürlich unangetastet bleiben müsse. Im übrigen dürfe er wohl annehmen, daß der Landtag nichts dagegen einwenden werde, wenn die Oberförsterei Berlebeck dem staatlichen Grundbesitz wieder angegliedert werde.

Was die Bemerkungen des Abgeordneten Scholz über die Besetzung des Landgerichtsdirektorpostens anlange, so könne er nur sagen, daß die Besetzung nach eingehenden sachlichen Erwägungen erfolgt sei und daß das Präsidium davon überzeugt sei, den richtigen Mann auf die richtige Stelle gesetzt zu haben. Die Entscheidung über die Besetzung des Direktorpostens am Lemgoer Gymnasium sei noch nicht gefallen. Auch hier werde nur nach pflichtgemäßem, sachlichem Ermessen verfahren werden. Herr Scholz habe dann weiter den Geburtenrückgang mit einem Verfall der Menschheit in Verbindung gebracht. Er, Drake, wolle das nicht ohne weiteres unterschreiben. Hier hätten sich die Verhältnisse gegenüber vergangenen Zeiten doch wohl geändert. Herr Fassemeier dürfe überzeugt sein, daß das Landespräsidium in der Aufwertungsfrage stets das getan habe, was nach Lage der Finanzen zu rechtfertigen sei. In dieser Beziehung habe Lippe mindestens das gleiche getan wie andere Staaten. Falls es möglich sein sollte, hier noch mehr zu tun, werde das Präsidium gern das weitere mit dem Landtag überlegen. Das Präsidium habe hier keine schönen Bilder entworfen, sondern nur die Tatsachen sprechen lassen und weiter nichts.

Abg. Köster (D.V.P.):

Den Worten, die von Seiten unserer Fraktion gesprochen sind, möchte ich in aller Kürze noch einiges anfügen:

Zunächst etwas Persönliches. Herr Drake sagte in seiner vorgestrigen Einführungsrede zum Etat, daß auch ich in der Oeffentlichkeit anerkannt hätte, die Steuern seien in Lippe erträglich. Diese Darstellung zeigt, wie leicht sich ein schiefes Bild ergibt, wenn man die Vorgänge vielleicht nur aus mündlicher Weitergabe oder aus der Presse erfahren hat.

Nicht bei Erörterung allgemeiner Steuerfragen, sondern lediglich bei Besprechung der Gewerbesteuer habe ich erklärt, daß in Lippe ein Vorteil vor Preußen darin zu erblicken wäre, daß die Gemeindezuschläge in Lippe eine gesetzliche Höchstgrenze bis 200 Prozent erfahren hätten, während in Preußen eine Höchstgrenze nicht vorhanden sei. Gleichzeitig habe ich aber auch hervorgehoben, daß Preußen einen Staatssteuersatz aus der Gewerbesteuer nicht erhebt. Ferner habe ich an genauen Vergleichen mit unseren Nachbarstädten Herford und Bielefeld gezeigt, wie verschieden sich in Preußen die Gewerbesteuer auswirkt.

Ohne in eine Erörterung der Gewerbesteuer in dieser dafür ungeeigneten Stunde zu geraten, möchte ich jetzt nur kurz feststellen, daß man in Bielefeld vom Ertrag an Zuschlägen 200 Prozent und vom Kapital 350 Prozent, in Herford vom Ertrag 400 Proz. und vom Kapital 1200 Prozent erhebt. Dabei also keinen Staatssteuersatz.

In Bielefeld steht man sich also etwas besser, in Herford erheblich schlechter, als in Lippe. Soweit meine Ausführungen in der Oeffentlichkeit, denen ich dann nur noch die Erklärung anfügte, daß ich die Gewerbesteuer, weil sie sich zu einer glatten Doppelbesteuerung ausgewachsen habe, bis zur völligen Beseitigung bekämpfen würde. Hieraus ergibt sich klar, daß meine Darstellungen anders gewesen sind, als es nach den Worten des Herrn Drake angenommen werden könnte.

Eine kurze Bemerkung möchte ich machen über einen Satz, den das Landespräsidium auf Seite 5 der Einführung zum Staatshaushaltsplan anwendet. Es heißt dort:

„Es darf damit gerechnet werden, daß der Steuerertrag 1927 angesichts der Tatsachen, daß das gewerbliche Einkommen im Laufe des Jahres 1926 den Gewinn des Jahres 1925 im allgemeinen übertroffen hat, wesentlich höher liegen wird, als das Rechnungsergebnis 1926."

Bei diesem Satz mache ich nicht nur ein, sondern drei große Fragezeichen, denn nach meinen allgemeinen Beobachtungen und auch nach meinen persönlichen Erfahrungen liegt der gewerbliche Ertrag des Jahres 1926 sehr erheblich unter dem des Jahres 1925, und wenn das Ergebnis der Umsatzsteuer wirklich, wie angenommen, höher sein sollte, so würde das nur ein neuer Beweis dafür sein, daß die Umsatzsteuer eine äußerst unsichere Grundlage für die Berechnung des Ertrages ist.

Vor kurzem hatte ich eine Liste zur Hand, auf der ungefähr 25—30 verschiedene und in Kraft befindliche Steuerarten verzeichnet waren, die auf dem deutschen Volke lasten. Gegen dieses vielköpfige Ungeheuer ist die Hydra des Herkules das reinste Waisenmädchen (Heiterkeit.)

Eine Vereinfachung des Steuersystems ist nach meiner Meinung eine ausgesprochene Not- und Lebensfrage des deutschen Volkes und sollte keinen Augenblick verzögert werden, auch aus Rücksicht auf die enormen Erhebungskosten, die nach einem mir kürzlich vorgelegten Bericht ungefähr 350 Millionen Mark betragen sollen. Das macht auf den Kopf der deutschen Bevölkerung ungefähr 6.— ℳ. Ich bin mir dabei nicht einmal sicher, daß alle Erhebungskosten der Gemeinden bei der vorgenannten Summe berücksichtigt sind. Jedenfalls ist die große Arbeit dabei nicht berücksichtigt, die die Arbeitgeber durch den Steuerabzug an den von ihnen gezahlten Löhnen mit den zahlreichen und sorgfältigen Nachweisen ohne Entgelt zu leisten haben.

Herr Drake brachte in seiner Rede interessante Vergleichszahlen über die Steuerleistungen in den Ländern und Gemeinden, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet. Lippe steht demnach mit seinen 20.— ℳ an letzter Stelle. Ich bin der Meinung, daß man aus dieser Tatsache zunächst nur den traurigen Schluß ziehen kann, daß die lippische Bevölkerung im weitesten Ausmaße zu den wirtschaftlich Schwächsten gehört, aus denen nichts mehr herauszuholen ist.

Auch ich möchte zum Schluß die dringende Bitte aussprechen, daß der staatliche Ueberschuß des Vorjahres zu einer kräftigen Steuersenkung, insbesondere der Gewerbesteuer, benutzt wird. Auch kann ich nicht umhin, der Meinung Ausdruck zu geben, daß es auf die Städte unbedingt erbitternd wirken muß, wenn ihr Aufkommen aus der Einkommensteuer trotz der erheblich höheren Lasten weit unter dem der Vorkriegszeit liegt, während das Land einen erheblichen Ueberschuß machen konnte. Ich spreche dabei für alle lippischen Städte, die in dieser üblen Lage sind, aber auch als Detmolder. Denn Detmold wird, selbst wenn es nach dem neuen Verteilungsschlüssel 100 000 ℳ mehr bekommt, doch noch unter seinem Aufkommen in der Vorkriegszeit stehen. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer ganz unmöglich ist.

Herr Fassemeier hat in seinen Ausführungen die Aufwertungsbereitwilligkeit der Parteien etwas verhehneptepelt. Ich muß ihn deshalb daran erinnern, daß sein Vorgänger, Herr Dr. Roschke, unsere Anträge auf Bildung eines starken Aufwertungsfonds abgelehnt hat.

Die Weiterberatung wird darauf um 12 Uhr auf Donnerstag, vormittags ½10 Uhr, vertagt.

Deutscher Reichstag

vdz. **Berlin**, 23. Febr. (Radio.) Der Reichstag setzte heute die zweite Lesung des Haushalts für 1927 beim Etat des Reichsjustizministeriums fort.

Abg. Dr. Everling (Dn.) wünscht dem neuen Justizminister, dem ersten aus dem Kreise der Deutschnationalen, erfolgreiche Arbeit an den bevorstehenden Gesetzgebungsaufgaben. Der Redner spricht ferner dem Staatssekretär Joël das Vertrauen seiner Partei aus. Wir haben keine Bedenken gegen eine Zulassung der Amtsanwälte bei den Landgerichten, wenn die Rechtspflege der Landgerichte nicht darunter leidet. Die Abstimmungsergebnisse im richterlichen Beratungszimmer müssen geheim bleiben. Er tritt ein für die Unabhängigkeit der Richter. Wir wünschen, daß der königliche Gedanke in der Justiz herrsche: Jedem das Seine!

Abg. Dr. Bockius (Ztr.) dankt dem Minister für die Sachlichkeit, in der er die Vertrauenskrise behandelt hat, aber es handelt sich hier vielmehr um eine Rechtsprechungskrise als Folge der Wirtschaftskrise. Die Richter haben alles getan, aus der Krise herauszukommen, deshalb gebührt ihnen ein Vertrauensvotum. Dasselbe gilt auch von den Rechtsanwälten. Wir treten für die Simultanzulassung der Rechtsanwälte nur in solchen Fällen ein, wo die Rechtsprechung dadurch nicht in Gefahr gerät. Wir lehnen die Erleichterungen in der Ehescheidung ab.

Abg. Dr. Kahl (DVP.) erinnert an das 50jährige Bestehen des Reichsjustizministeriums am 1. Januar. Mit Hochachtung gedenken wir der von diesem Amt geleisteten gesetzgeberischen Arbeiten und der Männer, die mit ungewöhnlicher Sachkenntnis und Pflichttreue ihrer Aemter gewaltet haben. Die Angriffe gegen Staatssekretär Joël bedauern wir. Das Thema von der Vertrauenskrise fängt an langweilig zu werden. Das Justizministerium darf in die Rechtsprechung garnicht eingreifen. Unsere politische Gerichtsbarkeit ist ohne Tadel. Nicht die Gesinnung, sondern die Tat wird bestraft. (Widerspruch links.) Ihre (nach links) Behauptungen sind alle widerlegt worden. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Hochverratsurteile entsprechen durchaus dem geltenden Recht. Ich bin Unitarier, aber ein Abergang der Justizhoheit von den Ländern auf das Reich ist unbedingt notwendig.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) bleibt bei der Behauptung, daß Kommunisten wegen ihrer Ueberzeugung verurteilt würden.

Staatssekretär Joël erklärt, Sprengstoff sei entnervenderweise durch schweren Einbruchsdiebstahl gestohlen worden und Handgranatenfabriken übergeben. (Zurufe bei den Kommunisten: Wo war das?) In Baden zum Beispiel beim Lörracher Aufstand. Von den Hamburger Vorgängen hatte der Abg. Korsch selbst zugegeben, das wäre eine Revolution gewesen. Das Reichsgericht trete den Kommunisten durchaus vorurteilslos gegenüber. Im weitesten Umfang habe es ihnen den politischen Charakter ihrer Tat zugebilligt. Kein Staat könne dulden, daß an seinem Ruin gearbeitet wird.

Die weitere Etatberatung wird auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. Schluß 6¼ Uhr.

*

Die Beratungen im Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 23. Febr. (Drahtber.) Über die heutigen Besprechungen im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, die sich um die von sozialdemokratischer Seite aufgestellten Behauptungen über Beziehungen zwischen Reichswehrministerium und gewissen Stellen der russischen Sowjetrepublik drehten, will die „Voss. Zeitung" folgendes berichten können: Aus den Darlegungen des Staatssekretärs von Schubert und des Reichswehrministers Dr. Geßler ergab sich, daß alle Verbindungen nach Sowjet-Rußland liquidiert seien und daß es sich bei den von sozialdemokratischer Seite veröffentlichten Dokumenten lediglich um letzte Liquidationsmaßnahmen handle.

Die Mißtrauensvoten gegen Hirtsiefer und Becker abgelehnt

vdz. **Berlin**, 23. Febr. Der preußische Landtag lehnte in seiner Mittwochsitzung das von den Kommunisten gegen den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer wegen seiner Verordnung über die Freigabe gewerblicher Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft eingebrachte Mißtrauensvotum mit 224 gegen 47 Stimmen der Kommunisten und Völkischen ab.

Das von den Kommunisten gegen Kultusminister Dr. Becker wegen seiner Haltung in der Konkordatsfrage eingebrachte Mißtrauensvotum wurde mit 210 gegen 194 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Völkischen und Kommunisten abgelehnt.

Der Etat in Mecklenburg-Schwerin abgelehnt!

wtb. **Schwerin**, 23. Febr. Bei der Schlußabstimmung über den Haushaltsplan für 1927-28 im Hauptausschuß des Landtages wurde heute der Haushaltsplan abgelehnt durch die Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei, der Völkischen, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten. Voraussichtlich tritt der Landtag am Dienstag, 1. März, zusammen, um die Lage zu klären.

Rheinlandbesprechungen der Regierungsparteien

vdz. **Berlin**, 23. Febr. (Radio.) Bei den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien über die Rheinlandfrage wurde eine kleine Kommission von vier Mitgliedern beauftragt, mit dem Reichsfinanzminister Fühlung zu nehmen. Sobald dies geschehen sein wird, werden die Besprechungen fortgesetzt werden. Interfraktionelle Besprechungen fanden auch über das Siedlungsproblem statt, für das heute ein besonderer Ausschuß des Reichstages von 28 Mitgliedern eingesetzt worden ist, der von dem Wohnungsausschuß abgetrennt worden ist. In dem neuen Ausschuß wird die Frage der landwirtschaftlichen Siedlung besonders behandelt werden, und zwar für das ganze Reichsgebiet.

Der Entwurf zum Arbeitszeitnotgesetz

wtb. **Berlin**, 23. Febr. (Drahtb.) Die Reichsregierung hat nunmehr den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung (Arbeitszeitnotgesetz) dem Reichsrat vorgelegt. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist mit Rücksicht auf den nur vorläufigen Charakter der Regelung und die große Eilbedürftigkeit mit dem Gesetzentwurf nicht befaßt worden. Inhaltlich bringt der Gesetzentwurf eine Abänderung der geltenden Arbeitszeitverordnung. In den Punkten, die besonders zu Klagen über die lange Arbeitszeit Anlaß gegeben haben, wird vorgeschrieben, daß nach Wegfall eines Tarifvertrages die Behörden nach Ablauf von drei Monaten keine noch längere Arbeitszeit genehmigen können, als sie nach dem Tarifvertrag zulässig war. Ferner wird für die behördlich zugelassene Mehrarbeit ein angemessener Lohnzuschlag vorgeschrieben, um auf diese Weise entbehrlicher Mehrarbeit entgegenzuwirken. Eine Aenderung des § 9 macht die Verlängerung der Arbeitszeit über zehn Stunden hinaus, die aus dringenden Gründen des Gemeinwohls ausnahmsweise zulässig ist, von einer be-



Treue Freunde

der Hausfrau

sind seit vielen Jahren die allgemein bekannten und beliebten

Oetker-Fabrikate.

Als zuverlässig, erstklassig und preiswert sind sie in der einfachen und feinen Küche hochgeschätzt. Sie sind stets am Platze, wenn es gilt, die Lebens- und Genußfreude zu erhöhen. — Viele gänzlich neue Anregungen zum Backen von Kuchen, Torten und Kleingebäck aller Art und zur Herstellung von Süß- und Gelees peisen finden Sie in dem *neuen farbig illustrierten Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das Sie für 15 Pfg.* in den Geschäften erhalten. Sie erfahren darin auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder", mit dem Sie auf kleiner Gaskocher-Flamme backen, braten und kochen können. Ist das Buch vergriffen, dann erhalten Sie dasselbe gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Ladenverkaufspreise: Backpulver „Backin" 1 Stck. 10 Pfg., 3 Stck. 25 Pfg., Puddingpulver Vanille-Mandel 8 Pfg., Vanillin-Zucker 5 Pfg., Vanille-Soßenpulver 5 Pfg., Gala-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pfg., Schokoladenspeise mit gebrannten Mandeln 20 Pfg.

Schnupfen.
Nasenspülungen mit Chinosol schaffen sofort Luft und verhüten Kopfschmerzen. Versuchspackung 60 Pf. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Alle Packungen sind bestimmt vorrätig in der Kreuz-Drogerie Lage, Lemgoerter-Drogerie Detmold
Chinosol

hördlichen Genehmigung abhängig, während bisher dem Ermessen der Beteiligten nach dieser Richtung freier Spielraum gelassen war. Die wichtigste der im Entwurf vorgesehenen Aenderungen ist wohl die Aufhebung des § 11, Absatz 3 der Arbeitszeitverordnung, der eine an sich ungesetzliche, von den Arbeitnehmern freiwillig geleistete Mehrarbeit unter gewissen Voraussetzungen für strafbar erklärt. Diese Bestimmung hat die Durchführung der Arbeitszeitvorschriften ungünstig beeinflußt und ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr haltbar.

Dr. Külz verzichtet auf seine Ernennung zum sächsischen Minister. Der ehemalige Reichsminister des Innern Dr. Külz hat an den sächsischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er angesichts der Haltung der Aufwertungspartei, die den im sächsischen Landtag und in der sächsischen Regierung ohnehin schon zahlreich bestehenden Schwierigkeiten nur neue hinzufügen würde, ihn aus Rücksicht politischer Selbstachtung bittet, von seiner Ernennung zum sächsischen Minister der Innern abstehen zu wollen.

Die Lage in China

Suntschuanfang legt den Oberbefehl nieder.

wtb. **London**, 23. Febr. Der Sonderberichterstatter der „Times" in Nanking meldet: Es verlautet, daß Suntschuanfang sein Amt niedergelegt und den Befehl über den Rest seiner Streitkräfte in die Hände des Generals Linkiangting gelegt habe. Die Schantungstreitkräfte haben den Vormarsch nach Südkiang'u begonnen. Es ist jedoch noch nicht bekannt, ob auf Grund einer Vereinbarung mit den Kantonesen oder um ihnen Widerstand zu leisten.

Veränderung im Pekinger Kabinett.

wtb. **London**, 23. Febr. Der Pekinger Korrespondent der „Daily News" will wissen, daß Dr. Wellington Koo seinen Posten als Premierminister und Finanzminister endgültig niedergelegt habe. Liang Shih Yi sei von der mandschurischen Partei zum Premierminister ernannt.

Hinrichtung des chinesischen Vizepräsidenten der Ostbahn.

wtb. **London**, 23. Febr. „Daily Mail" meldet aus Charbin: Der chinesische Vizepräsident der Ostbahn, General Yang Tscho, wurde unter der Anschuldigung, Geld von Moskau empfangen und eine Revolution in Charbin geplant zu haben, von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen.

Wieder Ruhe in Schanghai.

wtb. **Hamburg**, 23. Febr. Beim ostasiatischen Verein von Hamburg und Bremen ging heute folgendes von der deutschen Handelskammer in Schanghai gestern abend aufgegebene Telegramm ein: „Der Generalstreik ist nur teilweise eingetreten. Schanghai ist absolut ruhig. Zu Besorgnissen ist zurzeit keinerlei Veranlassung vorhanden."

Auslandsnachrichten

Die britische Note an Rußland.

wtb. **London**, 23. Febr. (Drahtber.) Die heute überreichte Note Chamberlains an den russischen Geschäftsträger in London erklärt, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland weiterhin notorisch unbefriedigend seien. Die Note erinnert daran, daß am 4. Juni 1923 die Sowjet-Regierung sich durch eine Vereinbarung formell verpflichtet hat, in keiner Form Personen oder Körperschaften zu unterstützen, die Unzufriedenheit oder revolutionäre Bewegungen innerhalb des Britischen Reiches hervorzurufen suchen, und daß die britische Regierung Macdonald im Oktober 1924 bereits sich veranlaßt gesehen habe, diese Abmachungen der russischen Regierung warnend in Erinnerung zu rufen, sowie darauf, daß auch Chamberlain sich veranlaßt gesehen habe, den Sowjetvertreter auf Verletzungen hinzuweisen. Solange die augenblicklichen Herrscher der Sowjet-Union, so fährt die Note fort, mögen es Mitglieder der Regierung oder Mitglieder des Polit-Büros sein, das die wirklich herrschende Autorität in Rußland ist, dabei beharren, öffentlich Äußerungen zur Schmähung Großbritanniens oder zu Gunsten einer Weltrevolution zu machen, ist keine Besserung möglich.

Der Schatzfund im polnischen Generalstabsgebäude.

wtb. **Warschau**, 23. Febr. Nach einer Blättermeldung hat sich herausgestellt, daß der im polnischen Generalstabsgebäude gefundene angebliche Schatz nicht aus Goldbarren, sondern aus Stangen einer Legierung von Kupfer und Silber besteht.

Gewalttaten bei den Chicagoer Kommunalwahlen.

wtb. **London**, 23. Febr. Aus Chicago wird berichtet, daß es dort gestern bei dem ersten Wahlgang der Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen zu zahlreichen Gewalttätigkeiten kam, obwohl 3000 Polizisten und Detektive die Wahllokale bewachten und in Automobilen mit Gewehren und Maschinengewehren durch die Straßen fuhren. Ein republikanischer Wahlrichter und zwei Kontrolleure wurden von sieben bewaffneten Männern entführt. Außerdem haben sich vier ähnliche Fälle ereignet. Drei Männer wurden durch Schüsse verletzt. Im Hauptquartier eines polnischen Kandidaten für ein Gemeinderatsposten, wohin ein Wahlkontrolleur entführt worden war, verhaftete die Polizei 30 Männer und beschlagnahmte sechs Revolver und ein Maschinengewehr.

Neues vom Tage

Das Urteil im Düsseldorfer Regie-Schieberprozeß.

Im Düsseldorfer Regie-Schieberprozeß wurde gestern das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Koch wurde zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, der Kaufmann Küppers aus München-Gladbach wegen fortgesetzter Hehlerei zu 7 Monaten Gefängnis. 20 Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen bis 10 Monaten verurteilt, 11 wurden freigesprochen und bei 5 anderen wurde das Verfahren eingestellt. Das Gericht stellte als erwiesen fest, daß französische Offiziere an den Diebstählen auf dem Bahnhof Deerendorf beteiligt waren. Der Schutz des Rheinlandabkommens und der Londoner Amnestie konnten nach Ansicht des Gerichts den Angeklagten nicht zugute kommen.

Grausige Entdeckung.

Als gestern morgen in Hagen ein Arbeiter von der Nachtschicht nach Hause kam, fand er seine Frau und seine drei Kinder im Alter von 12, 13 und 14 Jahren tot vor. Der Hahn vom Gasherd zur Lampe war geöffnet. Die Frau litt bereits seit längerer Zeit an Schwermut.

Im Kalkofen verbrannt.

Gestern wurde im Kalkofen des Kalkwerkes in Heidenheim ein verkohlter Leichnam aufgefunden. Vermutlich hat der Verunglückte sich in betrunkenem Zustand in den Ofen gelegt, wurde von den ausströmenden Gasen betäubt und ist schließlich verbrannt.

Verhaftung in der Mordsache Rosen in Thüringen.

Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung" aus Camburg a. d. Saale meldet, wurde in dem benachbarten Eckolstädt durch Breslauer Kriminalbeamte der Stallschweizer Paul Wolf festgenommen, um nach Breslau überführt zu werden. Der Festgenommene ist in die Mordsache verwickelt. Die Nachricht, daß in einem Brunnen in einem Dorfe in der Tschechoslowakei die Mordinstrumente gefunden seien, bestätigt sich nicht

---

Lippe-Land

— **Die Eisenbahndiebstähle gehen zurück.** Auf der großen Polizeiausstellung Berlin im Herbst 1926 zeigte die Deutsche Reichsbahn eine sehr interessante Uebersicht über die Zahl der Diebstähle in den Jahren 1921 bis 1926. Nach dieser Tabelle ist seit dem Jahre 1923 infolge des verschärften Ueberwachungsdienstes ein bemerkenswerter Rückgang in der Zahl der Diebstähle zu verzeichnen. Einer Zusammenstellung, die uns die Reichsbahndirektion Köln übermittelt, entnehmen wir, daß in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926 im Reichsbahndirektionsbezirk Köln 2288 (im Vorjahre 3030) Diebstähle festgestellt worden sind. Davon entfielen auf (die Zahlen des Vorjahres in Klammern): Gepäck und Expreßgut 157 (253), Eilstückgut 421 (726), Frachtstückgut 1648 (1895), Wagenladungen 62 (156). Die Diebstähle haben also erfreulicherweise durchweg weiter nachgelassen. — Verbrecherische Anschläge auf Züge und Bahnanlagen sind im Jahre 1926 erfreulicherweise kaum zu verzeichnen. Meist handelte es sich um Unfug jugendlicher unreifer Personen.

Detmold

— **Hoftraiteur Karl Nitzsche,** der langjährige Verwalter der Sommerfrische „Johannaberg", wurde in den letzten Tagen in aller Stille auf dem Friedhof in Osnabrück zur letzten Ruhe gebettet. 28 Jahre hat er der Sommerfrische Johannaberg mit großem Geschick und Umsicht vorgestanden, und was er seinen Gästen zur Erquickung reichen ließ, machte ihm und dem Hause alle Ehre, weshalb denn auch die Gäste, die einmal in der idyllisch gelegenen Sommerfrische das Gastrecht in Anspruch genommen hatten, immer wieder freudig zu dieser Erholungsstätte im Teutoburger Walde zurückkehrten. Der stets frohgemute Weltwanderer hat in guten Gesundheitsverhältnissen ein Alter von ungefähr 80 Jahren erreicht. Seine vielen Freunde in Stadt und Land werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

— **Ein Aergernis.** Gestern nachmittag trieb auf der Langen Straße ein Betrunkener sein Unwesen und belästigte in unverschämter Weise die Passanten. Erst als sich die Polizei seiner annahm, konnte der Trunkenbold zur Raison gebracht werden. In einsamer Zelle fand er schließlich Zeit und Gelegenheit, seinen Rausch auszuschlafen.

— **Das Städtische Lyzeum** veranstaltete am Montag einen Elternabend, dessen erster Teil zu einer Pestalozzigedenkfeier ausgestaltet war. Nach dem Vortrag des Pestalozziliedes von Nater durch den Lyzeumschor sprach Herr Studienrat Strauch über Pestalozzi in seiner Bedeutung für unsere Tage. Durch einen Gedichtvortrag wurde dieser Teil der Veranstaltung abgeschlossen. Der zweite Teil galt den besonderen Aufgaben des Lyzeums, deren Ziele den Eltern in einem Bericht des Direktors der Schule dargelegt wurden. In der Aussprache kam es erneut zum Ausdruck, daß die Elternschaft die Verweigerung eines Ausbaues der Anstalt durch die Regierung schlechterdings nicht zu verstehen vermöge, da der gesamte Aufbau des Lyzeums auf eine einheitliche Fortbildung bis zum Abitur eingestellt ist.

— **Tierquäler.** Ein scheußlicher Roheitsakt wurde kürzlich an einem kleinen Terrier verübt. Dem Tier wurden Brust und Vorderläufe derart zerschlagen, daß es sich wochenlang nur auf den Hinterbeinen fortbewegen konnte. Nach der Mißhandlung warf man es in eine Dunggrube, in der noch ein anderer totgeschlagener Hund lag. Es wäre an der Zeit, wenn den Rohlingen endlich das Handwerk gelegt wird.

— **Die Militärrenten werden** beim hiesigen Postamt am Sonnabend, 26. Februar, ausbezahlt.

— **Autounfall.** Gestern abend gegen 7 Uhr kam ein Kraftwagen bei der Straßenbahnzentrale ins Rutschen, stürzte die Böschung hinab und fand sich auf der Weiche wieder. Mit erheblichen Beschädigungen wurde er schließlich von vier Pferden wieder auf den Fahrdamm gezogen und in Reparatur gegeben. Personen kamen bei dem Unfall nicht zu Schaden.

— **Kammermusik des Konservatoriums.** Der Vorverkauf hat gestern begonnen. Es ist dringend zu empfehlen, sich rechtzeitig Karten zu besorgen, da, von dem starken Andrang beim ersten Abend zu schließen, der Saal vermutlich ausverkauft sein wird. Die Karten werden von den Buchhandlungen Knöner und Ihle & Luwe ausgegeben.

— **Zu dem Gesang- und Posaunenfest,** veranstaltet vom hiesigen Gemeinschafts- und Posaunenchor, das am Sonntag, dem 27. Februar d. J., nachmittags 3½ Uhr, in der alten reformierten Kirche stattfindet, werden alle Freunde der Kirchenmusik herzlichst eingeladen. Die aufgestellte Vortragsfolge weist u. a. Chöre, Quartette und Solis von J. S. Bach, Handn, Mendelssohn-Bartholdy auf. Die Begleitung der Solis hat Herr Oberlehrer Lüttmann übernommen. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zum Preise von 0,30 ℳ am Tage des Festes am Eingang der Kirche zu haben.

— **Deutsch Evangelischer Frauenbund.** Die nächste Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Detmold ist auf Donnerstag, 10 März, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Arminius anberaumt und soll, in Form eines zwanglosen Zusammenseins, auf vielfachen Wunsch einer Aussprache dienen über die Wintervorträge, die Ergebnisse der beiden Studienkommissionen und über verschiedene Tagesfragen. Gedacht ist auch an Theater- und Kinoaufführungen, an Bücherkauf und Mitgliedschaft von Buchgemeinschaften und die Tendenz der durch diese vertriebenen Literatur.

— **Zum Künstler-Trall-Ball** am Sonnabend, dem 5. März, werden Kartenbestellungen für die Aufführung im Landestheater ab heute an der Theaterkasse entgegengenommen. Die bestellten Plätze müssen spätestens bis zum Beginn des offiziellen Vorverkaufs (4. März), mittags 12 Uhr, abgeholt sein, da sonst anderweitig verfügt wird. — Einlaßkarten zum Ball im Gesellschaftshaus sind an der Theaterkasse und in der Hinrichsschen Hofbuchhandlung (Knöner), Lange Straße, sowie im Zigarrengeschäft Diekmann, Lange Straße, zu haben.

— **Lippisches Landestheater.** „Die spanische Fliege", der urkomische Schwank von Arnold u. Bach, verspricht für Freitag einen selten lustigen Abend. Karten im Vorverkauf an der Theaterkasse vorm. 10 bis 1 Uhr u. 45 Minuten vor Beginn der Vorstellung.

Amt Detmold

Brokhausen, 24. Febr. In unserer Schule wird heute nachm. 3½ Uhr eine Bibelstunde gehalten, zu der die Mitglieder der hiesigen Schulgemeinde eingeladen werden.

Eichholz-Remmighausen, 22. Febr. Der Kriegerverein feiert am 27. Februar im Dreierkrug sein Stiftungsfest. Um 1 Uhr tritt der Verein zu einem Rundmarsch durch das Dorf an, wobei am Gefallenendenkmal in Eichholz nach einer kleinen Gedächtnisfeier ein Kranz niedergelegt wird. In den renovierten Räumen des Dreierkruges beginnt sodann der festliche frohe Teil, der bestens vorbereitet ist. Das Nähere wird noch in Inseraten bekannt gegeben.

Heidenoldendorf, 23. Febr. Hohes Alter. Am Dienstag begingen die Zwillingsbrüder Ernst und Fritz Heitkämper in voller Rüstigkeit ihren 80. Geburtstag. Die beiden Brüder sind Veteranen von 1870 und 1871. Nachträglich noch herzlichen Glückwunsch!

Schötmar

— **Entwichene Fürsorgezöglinge.** Die beiden Fürsorgezöglinge B. und K. sind am Dienstag aus der Anstalt Grünau entwichen und bisher noch nicht wieder ergriffen. Man vermutet, daß sich K. zu seiner Mutter nach Detmold begeben hat. B. stammt aus dem Braunschweigischen. Sollten die beiden Flüchtlinge gesehen werden, so wolle man umgehend die Polizei benachrichtigen.

Amt Lage

Bivitsheide, 23. Febr. Die Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse für den Monat März findet bei dem hiesigen Postamt und der Postagentur in Augustdorf am 26. Februar statt.

Bivitsheide, 21. Febr. Die Baulust scheint auch in unserer Gemeinde recht rege zu werden. Wie aus der heutigen Verdingungsanzeige der Architekten Fr. und K. Richts in Lage hervorgeht, will Herr Kaufmann Freitag sein Wohn- und Geschäftshaus bedeutend erweitern. Die einzelnen Bauarbeiten sind bereits ausgeschrieben worden. Alles nähere ist aus dem heutigen Anzeigenteile zu ersehen.

Ehlenbruch, 23. Febr. Am Sonnabend, 12. Febr., hielt der Ziegenzuchtverein Ohrsen-Ehlenbruch seine Februar-Versammlung im Vereinslokal ab, die den Zweck hatte, den Tag, an dem die Lokalschau abgehalten werden soll, festzusetzen. Nach reichlicher Aussprache wurde einstimmig beschlossen, die Schau am Sonntag, dem 17. Juli d. J., in Ehlenbruch abzuhalten. Näheres wird später noch bekanntgegeben.

Stapelage, 23. Febr. Unglücksfall. In der vorigen Woche erlitt der Knecht Aug. Budde einen Unglücksfall, der allerdings noch glimpflich ablief. Er kam mit einem Gespann des Meierhofes von Oerlinghausen zurück. In Oettenhausen wollte er vom Wagen springen, um zu bremsen, blieb aber mit der Kleidung hängen und kam zu Fall. Das Hinterrad des zum Glück leeren Holzwagens ging ihm über die Beine und verursachte eine Quetschung. Gefahr besteht jedoch nicht.

Horn

— **Stadtverordnetensitzung.** Pünktlich um 8 Uhr eröffnet der Stadtv.-Vorsteher Tille die Sitzung. Der Teutoburger Waldverein bittet in einem Schreiben, den Jahresbeitrag auf 250 RM. zu erhöhen. Der Magistrat schlägt vor, für 1926 den Jahresbeitrag noch auf 100 RM. zu erhöhen und den Beitrag für 1927 bei der Etatberatung mit einzusetzen. Nach kurzem Zögern stimmt die Versammlung der Magistratsvorlage zu, setzt jedoch schon jetzt den Beitrag für 1927 auf 130 RM. fest. — Die Baukommission hat vorgeschlagen, die Löcher auf dem ungepflasterten Marktplatz durch Weserkies zu beseitigen und nach der Begradigung im Frühjahr die Marktplatzfläche mit seinem Buntkies zu versehen. Obwohl noch andere Vorschläge auftauchen, kommt man schließlich dahin überein, der Magistratsvorlage ebenfalls zuzustimmen und die Kosten von 150 RM. für die erste Aufschüttung zu bewilligen. — Herr Stadtrentmeister Schliewe macht in einem Schreiben darauf aufmerksam, daß die Stadt bei der Festsetzung der Verkaufspreise für das Siedlungsland am Veldromer Wege auch den Zinsverlust berücksichtigen muß, den sie durch die Eintragung des Kaufgeldes mit einer Verzinsung von 5 % gegenüber den Zinsen für Bankschulden erleidet. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt davon Kenntnis. Im Zusammenhang hiermit wird der Verkauf je eines Bauplatzes an die Siedler H. Gülicher in Horn und Brautmann in Bad Meinberg zum Preise von 1,60 bzw. 1,50 RM. pro Quadratmeter zum zweiten Male beschlossen. Auch der Verkauf eines Bauplatzes an Herrn Topp aus Kalldorf bei Vlotho von dem gleichen Siedlungsgelände wird mit einigen Aenderungen der vom Magistrat vorgeschlagenen Verkaufsbedingungen genehmigt. Da der Antragsteller den Bauplatz bar bezahlen will, soll auch er als Auswärtiger nur 1,50 RM. pro Quadratmeter zahlen. — Auf Grund eines seiner Zeit gefaßten Stadtverordnetenbeschlusses liegt eine Aufstellung über die bisher für die Anlage des Weges am Schmalenfelde entstandenen Kosten vor. Sie bringt den Beweis, daß dieser Weg unter Abzug der erhaltenen Zuschüsse der Stadt noch den Betrag von 63,99 RM. (!) gekostet hat. Durch diesen Beweis wird allen in der Stadt umlaufenden Gerüchten die Spitze abgebrochen. Wenn man weiter berücksichtigt, daß Erwerbslose lange Zeit hier beschäftigt wurden und auch für die anderen Wegeinstandsetzungen wegen Fehlens geeigneten Materials die erhaltenen Zuschüsse nicht hätten verwandt werden können, so werden viele sehr wohl anderer Meinung sein. — Eine sehr eingehende Aussprache entspinnt sich sodann über den Bau einer öffentlichen Bedürfnisanstalt mit zwei Verkaufsläden und die Bewilligung der ungefähren Kosten von 10 000 RM. Die Versammlung war sich darin einig, daß irgend etwas zur Beseitigung der unhaltbaren Zustände wegen Fehlens einer geeigneten Bedürfnisanstalt für den Fremdenverkehr schnellstens geschehen müsse. Die Baukommission schlägt nach eingehender Prüfung den Bau einer öffentlichen Bedürfnisanstalt mit zwei Verkaufsläden vor, damit eine Verzinsung der Baukosten und die Bestreitung der Unterhaltungskosten erfolgen kann. Nach langem Für und Wider wird dann schließlich auf Vorschlag des Stadtv. Wolff beschlossen, am Sonntagmorgen nochmals eine Besichtigung vorzunehmen. — Der Stadtv.-Vorsteher Tille und der Stadtv. Dr. Steinmeier beantragen in einer Eingabe, den Denkmalsplatz der 98er zum Frühjahr instandzusetzen und die Kosten zu bewilligen. Der Vorstand der Ortsgruppe des Deutschen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Verbandes bittet in einer Eingabe, im Zusammenhang hiermit auch die Instandsetzung des Platzes bei dem Denkmal für die gefallenen Söhne der Stadt Horn mit zu erwägen. Herr Dr. Steinmeier erklärte hierzu, daß der 98er Denkmalsausschuß auf Grund des veranstalteten Basars in der Lage sei, der Stadt einen wesentlichen Teil der Kosten abzunehmen. Grundsätzlich war die Versammlung bereit, die Anlagen nunmehr zu schaffen, doch soll zunächst die Baukommission unter Hinzuziehung von Vertretern des 98er Denkmalsausschusses und der Kriegsbeschädigtenvereinigung die Angelegenheit prüfen und auch die Höhe der ungefähren Kosten zur nächsten Sitzung angeben. — Unter Verschiedenes wird noch angeregt, die an einigen Stellen in der Stadt im Straßenpflaster vorhandenen tiefen Schlaglöcher durch neue Pflastersteine ausbessern zu lassen. Auch das durch das Spielen der Kinder verursachte unnötige Wasserablaufen aus dem Pfeffenkumpe soll unterbunden werden. Gegen 10½ Uhr konnte die arbeitsreiche Sitzung geschlossen werden. Eine vertrauliche Beratung schloß sich an.

Amt Brake

Lieme, 22. Febr. Am Sonntag fand die Generalversammlung des Bestattungsvereins statt. Das Interesse am Verein ist sehr groß, gehören ihm doch fast 300 Mitglieder an. Es ist dringend zu raten, daß sich auch die erwachsenen Kinder der Familien aufnehmen lassen, zumal der Beitrag für diese geringer ist. Alle Familienangehörigen, die nach dem 1. April d. Js. eintreten, haben ein besonderes Eintrittsgeld zu zahlen. Die Wartefrist ist von 4 Monaten auf 1 Jahr erhöht. Ein Antrag auf Erhöhung der Leistungen (bisher 75 und 50 Mk.) wurde abgelehnt. Dem Vorstande wurde anheimgegeben, die gerichtliche Eintragung des Vereins in Erwägung zu ziehen.

Dörentrup, 22. Febr. Eine Geflügelzuchtanstalt. Auf den von Herrn Direktor Barchausen gekauften Grundstücken, die urbar gemacht sind, wird eine Geflügelzuchtanstalt errichtet. Das Wohnhaus und einzelne für die Hühner bestimmte Unterkunftshäuschen sind bereits vorhanden. Die letzteren Häuschen sind in ihrer Einrichtung mustergültig hergerichtet. Die sogenannten Legeköstchen, die neben- und übereinander angebracht sind, sind mit von der Firma Dörentruper Sand- und Thonwerke selbst hergestellten, selbsttätig zufallenden Verschlußklappen versehen. Jedes der Unterkunftshäuschen ist ein sauber hergerichteter behaglicher Raum für die Hühner. Im Keller des Wohnhauses ist die Bruteinrichtung aufgestellt, die den ganzen Raum eines Kellers einnimmt und in ihrer Ausstattung vorzüglich ist. Wenn erst einmal die angefangenen Arbeiten beendet sind und das Ganze nett eingefriedigt ist, sowie die noch zu errichtenden Küteneheime und sonstigen Häuschen fertiggestellt sind, kann man wohl sagen, daß die Geflügelzuchtanstalt eine mustergültige ersten Ranges in Lippe ist, die verdient, von allen Seiten unterstützt zu werden.

Amt Barntrup

Alverdissen, 23. Febr. Am Freitag, dem 4. März, vorm. von 9—1 Uhr, wird in der Gastwirtschaft von Rottmann für die Orte Almena, Alverdissen, Asmissen, Bega, Bösingfeld, Bremke, Göstrup, Humfeld, Lasbruch, Nalhof, Rott, Schönhagen, Schmelentrup, Sonnenborn kostenlos Auskunft über die Invalidenversicherung erteilt.

Amt Sternberg-Barntrup

Alverdissen, 23. Febr. Am Freitag, dem 4. März, vorm. von 9—1 Uhr, wird in der Gastwirtschaft von Rottmann für die Orte Almena, Alverdissen, Asmissen, Bega, Bösingfeld, Bremke, Göstrup, Humfeld, Lasbruch, Nalhof, Rott, Schönhagen, Schmelentrup, Sonnenborn kostenlos Auskunft über die Invalidenversicherung erteilt.

Amt Barenholz

Barenholz, 23. Febr. Am Mittwoch dem 2. März, vorm. von 10—1 Uhr, wird in der Gastwirtschaft von Dohm für die Orte Cappel, Erder, Heidelbeck, Langenholzhausen, Silixen, Stemmen u. Barenholz kostenlos Auskunft über die Invalidenversicherung erteilt.

Amt Blomberg

Donop, 23. Febr. Hohes Alter. Dieser Tage konnten zwei unserer ältesten Mitbewohner, der Gutsvorsteher Schmidtmeier in Gut Altendonop und Mühlenbesitzer Wesemann in Donop ihr 84. bzw. 80. Lebensjahr vollenden. Herr Schmidtmeier verfügt trotz seines hohen Alters noch über eine bewundernswürdige geistige Frische, so daß er seine Dienstgeschäfte noch versehen kann. In körperlicher Hinsicht zwingt ihn ein Beinleiden, seinen Wald nicht mehr so zu betreuen, wie es stets sein oberster Grundsatz in seiner langen Amtszeit war. Ebenfalls mußte er dem Waldwerk seit längeren Jahren Valet sagen. — Auch Herr Wesemann darf sich in seinem hohen Alter glücklich schätzen, daß es ihm vergönnt ist, geistige und körperliche Kräfte zu haben, die ihn befähigen, seine früher verpachtete Mühle seit einigen Jahren wieder selber bewirtschaften zu können.

Nachbargebiete

Herford, 23. Febr. Beide Beine abgefahren. Der Rangierer Pape geriet bei der Ausübung seines Dienstes in Löhne unter einen Güterzug, wobei ihm beide Beine oberhalb des Knies abgefahren wurden. Er starb noch auf dem Transport zum Herforder Krankenhaus. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern.

Aus der Frauenbewegung

Frau Ministerialrätin Dr. Gertrud Bäumer wird am Sonnabend, dem 26. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses in Bielefeld, Bahnhofstraße sprechen über das Thema: „Frauen, Jugend und Staat". Dr. Gertrud Bäumer, die führende Frau Deutschlands, zu hören, wird sich unsere Frauen- und Jungmädchenwelt kaum entgehen lassen.

Aus dem Vereinsleben

Frau Lohmann, Bielefeld, Vorsitzende des Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur, sprach im Zweigverein Salzuflen über Finnland und die dortige alkoholfreie Kultur. Nachdem schon 1907 und 1909 einstimmig die Trockenlegung des Landes im finnischen Parlament beschlossen war, die zarische russische Regierung damals aber die Genehmigung diesem Beschluß versagt hatte, hat Finnland nach seiner Befreiung durchgesetzt, daß das Alkoholverbot Gesetz wurde, und die Einzelbilder, die die Rednerin zeichnete, zeigen, daß dort in Finnland Kultur und Bildungsstand dem Volke durch dieses Alkoholverbot sich in jeder Weise gehoben haben. Finnland beweist, daß alkoholfreie Kultur ein Volk hebt und stark macht.

Die Frühjahrshauptausschußsitzung des Vereins für das Deutschtum im Ausland findet in diesem Jahre am 26. und 27. Februar in Leipzig statt. Im Rahmen der Hauptausschußtagung wird Reichskanzler a. D. Dr. Luther einen Vortrag „Vom Deutschtum in Südamerika" halten, der auch durch den Rundfunk verbreitet wird. Der Hauptausschußsitzung ist in den letzten Tagen eine Vertretersitzung der Landesverbände in Berlin vorausgegangen, in der die Verteilung der Betreuungsgebiete sowie die Unterstützungsvoranschläge für die einzelnen Gebiete und Landesverbände eingehend durchberaten wurde. Für die Hauptversammlung Pfingsten 1927 ist nunmehr endgültig vom Hauptvorstand Freiburg i. Br. in Aussicht genommen worden. Die Voranmeldungen aus allen auslanddeutschen Gebieten sowie aus dem Inlande, besonders seitens der Schulgruppen des Vereins, sind jetzt schon außerordentlich zahlreich, so daß die Tagung wiederum das bedeutsamste Ereignis des Jahres auf dem Gebiete der Schutzarbeit für das Grenz- und Auslandsdeutschtum sein dürfte.

Deutscher Turnen

Die Schneeschuhriege des Detmolder Turnvereins von 1860 unternimmt am Sonntag, 27. Februar, bei günstiger Wetterlage eine Fahrt nach Willingen. Näheres wird in der Sonnabend-Nummer bekanntgemacht. Der Wetterbericht vom 22. Februar meldet von Willingen: Schneefall bei 4 Grad Kälte. Schneelage im Tal 10 Zentimeter, in Höhenlagen über 800 Meter 60—70 Zentimeter. Skibahn gut.

Handel ✧ Industrie Landwirtschaft

Tendenzbericht der Berliner Börse.
(Mitgeteilt von der Lippischen Landesbank Detmold.)

Berlin, 23. Febr. Nach einem sehr luftlosen Vormittagsverkehr wurden die ersten Kurse auf Deckungen nicht so schwach, wie man erwartet hatte. Die gegen gestern Schluß festzustellenden Verluste gehen im allgemeinen nicht über 3 % hinaus. Stärker erholt sind u. a. Glanzstoff, Gesfürel, Rhein. Braunkohle, schwach dagegen Mitteldeutsche und von Nebenwerten Dtsch. Atlanten. Das Geschäft ist anfangs sehr lebhaft. Ein größeren Abgaben des Publikums ist nirgends etwas zu merken. Doch soll am Einheitsmarkt überwiegend Abgabeneigung bestehen. Eine evtl. Erhöhung des Reichsbank-Diskontes, um die man spätestens zum 1. April nicht herumkomme, würde das Mißverhältnis zwischen Kursniveau und Dividenden-Relation nur noch vergrößern. Ferner weist man auf die Lage in Schanghai hin, wobei man internationale politische und wirtschaftliche Folgen nicht voraussehen könne. Anleihen etwas erholt. Ausländer durchweg schwächer. Pfandbriefmarkt ohne Geschäft, Vorkriegspfandbriefe bei sehr kleinen Umsätzen weiter schwach. Im Verlauf schwankend, langsam abbröckelnd, später wieder erholt und eher etwas über erste Kurse. Nur Spritwerte niedriger. Im weiteren Verlauf setzt man bei ziemlicher Nervosität in der Spekulation eine Befestigung durch, als es sich herausstellt, daß am Kassamarkt trotz stärkeren Angebots die Abschwächungen sich in erträglichen Grenzen halten, weil die Börse selbst die herauskommende Ware aufnimmt. Auf Deckungen sollen in erster Linie rheinische Käufe zur Ausführung gekommen sein. Anleihen im Verlauf lebhafter und weiter erholt. Ausländer auch im Verlauf nachgebend. Pfandbriefe überwiegend schwächer. Vorkriegspfandbriefe bis 40 Pfg., Roggen bis 25 Pfg., alte Landesprov. Pfandbr. 30—40 Pfg., Rentenbriefe bis ¾ % schwächer. Landgold gehalten. Hypothekengold zum Teil 1—1¼ % schwächer. Kolonialwerte eher angeboten. Versicherungen teilweise gestrichen und allgemein schwächer. Von Spezialwerten abgesehen, die bis 5 % gewinnen, schließt die Börse erholt zu 1—2 % gebesserten Kursen. — Nachbörse: Tendenz weiter freundlich. Geschäft bleibt im allgemeinen klein. Größeres Interesse für Rheinstahl, Mannesmann und Siemens.

Witterungs-Uebersicht

Vorhersage für den 24. und 25. Februar.

Zunehmende Bewölkung; Niederschläge von längerer Dauer; frische südwestliche Winde; mild.

Vereins- u. Versammlungskalender

Detmold. M.-G.-V. „Arion". Heute abend 8½ Uhr: Generalversammlung im „Teutoburger Hof". Um vollzähliges u. pünktliches Erscheinen wird gebeten.

— **Faltenkrug.** Sonnabend: Gr. Preis-Maskenball.

Lipp. Lehrergesangverein. Nächste Singstunde Sonnabend, 26. Febr., nachm. 3½ Uhr, im Amtshaus Lage. Es sind vorzuüben die Nummern 18 a, 184 und 192. Pünktl. u. zahlr. Erscheinen erforderlich.

Verein lipp. Marktschausteller und Hausierer. Sonnabend, 27. Febr.: Gen.-Versammlung b. Hunecke in Lage. Bericht über Verbandstag Köln und Gautag Bochum; Vorstandswahl.

Übler Mundgeruch
wirkt abstoßend. Häßlich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Sämtliche Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg. Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pfg., für Damen Mk. 1.25 (weiche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont". Überall zu haben.

Es macht schlank!
Kruschen-Salz treibt die überflüssigen wässerigen Massen auf natürliche Weise aus dem Körper heraus. Deshalb ist Kruschen-Salz von großem Einfluß auf das körperliche Normalgewicht. Es erfrischt das ganze innere System. — M. 2.— pro Glas.
Kruschen-Drogerie Otto Plaas, Detmold, Bruchstraße 10. (727)

In Lage
nimmt die Bezirks-Geschäftsstelle der Lipp. Landes-Zeitung Heidenoldsche Straße 22 (Fernruf 344), jederzeit Anzeigen entgegen. Traueranzeigen u. sämtl. Drucksachen schnellstens.

Bei jeder Gelegenheit
sollten Sie daran denken, daß leidlich die kleinste Anzeige in der Lippischen Landes-Ztg. die stärkste Beachtung findet.

Davids-Holle:
Praktisches Kochbuch
für die gewöhnliche und feinere Küche
Original-Ausgabe.
Ganzleinen Mk. 6.50
Bücherstube der Meyerschen Hofbuchhandlung

Bekanntmachung
Gebäudeversicherung betr.

Um Mißverständnisse auszuschließen, wird darauf hingewiesen, daß alle Schätzungen von Gebäuden zu Preisen des Jahres 1914 vorgenommen werden. Zu diesen so ermittelten Vorkriegswerten tritt zwangsweise eine Zusatzversicherung von 50 %.

Außerdem kann zur Zeit noch eine weitere freiwillige Zusatzversicherung, die aber nur bei der Landesbrandversicherungsanstalt genommen werden darf, bis zu 20 % abgeschlossen werden, so daß

RÄUMUNGS VERKAUF

HETTLAGE Bielefeld

WEGEN UMBAU

vom 21 Febr.– bis 12 März

Besonders günstige Kaufgelegenheit — **Große Preisermäßigung**

Herren-Anzüge	von Mk. 80.– bis 26⁵⁰	Herren-Hosen	von Mk. 20.– bis 2⁷⁰	Kieler Knaben-Anzüge	von Mk. 40.– bis 13⁵⁰
Herren-Sport-Anzüge	von Mk. 90.– bis 27⁰⁰	Herren-Breeches	von Mk. 18.– bis 5⁰⁰	Knaben-Mäntel	von Mk. 30.– bis 6⁰⁰
Manchester-Anzüge	von Mk. 80.– bis 20⁰⁰	Herren-Lodenjoppen	von Mk. 25.– bis 8⁵⁰	Knaben-Loden-Mäntel	von Mk. 25.– bis 11⁰⁰
Uebergangs-Mäntel	von Mk. 100.– bis 13⁵⁰	Herren-Windjacken	von Mk. 24.– bis 8⁰⁰	Kieler Knaben-Mäntel	von Mk. 38.– bis 11⁵⁰
Herren-Loden-Mäntel	von Mk. 40.– bis 16⁵⁰	Burschen-Anzüge	von Mk. 60.– bis 22⁰⁰	Knaben-Lodenjoppen	von Mk. 16.– bis 4⁵⁰
Herren-Gummi-Mäntel	von Mk. 50.– bis 12⁵⁰	Knaben-Anzüge	von Mk. 35.– bis 8⁰⁰	Knaben-Windjacken	von Mk. 16.– bis 6⁰⁰

Konfirmanden-Anzüge von Mk. 13⁵⁰ bis 60⁰⁰



Oberförsterei Kiddesen.

Försterei Begten. — Förster Tiemann, Begten bei Schötmar.

Eichen-Schneide-, Nutzholz- und Nutzscheite-Verkauf

Am Montag, dem 7. März, nachm. 1½ Uhr, wird im Brüggenhause b. Schötmar folgendes Eichenholz versteigert:

1. Heerserbruch: Nr. 256—538 = 13. Stck. = 9,23 fm. 2. Bühnseichen: Nr. 2121—52, 2201—46 = 78 Stck. = 95,56 fm b. 77 cm Durchm., dar. ca. 40 fm hochwertige milde Abschnitte. Nr. 2261—80 = 18 rm Nutzsch. ungek. 3. Niederholz. Distr. 82 Nr. 2071—82 = 12 Stck. = 7,44 fm.

Aufmaßlisten ab 27. d. Mts. durch die Oberförsterei.

Oberförsterei Kiddesen

Buchen- u. Eichen-Brennholz, Eichen-Nutzscheite u. Kampfpfähle, Kiefern-Reiherhausen

Am Mittwoch, dem 2. März, vorm. 10 Uhr, wird im Deutschen Kaiser in Hiddesen folgendes Holz versteigert:

1. Försterei Hiddesen: Bozberg, Distr. 14: Bu. Nr. 3615—75, 3680—3701 = 139 rm Kl. u. Knpl. 3722—28 = 7 Hfn. 3805—08 = 4 rm, Eichen Klb. Kl. Dreckgrund, Distr. 13, 14: Bu. Nr. 1131—41, 1160—79, 1220—26, 1240 b. 1254, 1280—86, 1293—98 = 122 rm Klob und Knpl. 1200—15, 1261—74, 1289—91, 1309—04 = 100 rm Astrsg. Gr. Dreckgrund, Distr. 14, 15, 16: Bu. Nr. 616—45, 737—65, 835—62, 919—29, 996—1017, 1038—45, 1076 b. 1077, 1115—22 ½ 380 rm Astrsg. Bielstein, Distr. 15, 16, 17: Bu. Nr. 3145—46, 3153—56, 3173—88, 3214—22 = 19 rm Klb. u. Knpl. Reuterspfad, Distr. 15, 16, 17: Bu. Nr. 2377—2591, 2768—72, 2861—97, 3024—26, 3031—90, 3107—11 = 275 rm Klb. u. Knpl. 2592—2604, 2901—32, 3117—22, = 85 rm Astrsg. Gr. Hülsen: Eich. Nr. 27—46, 45—48 = 12,5 rm Nutzsch., Klb. u. Knpl. ungek. Bu. 2 rm Knpl. 1 Hfn.

2. Försterei Pivitsheide: Weginghauserbruch, Distr. 51, 52: Eichen Nr. 61—73, 81—103, = 25 rm Nutzknpl., Klb. u. Knpl. ungek. zu Kampfpfählen. Kief. Nr. 643—44, 656 = 2 rm Klb. ungek. Zedling u. Rundebusch, Distr. 73: Bu. Nr. 374—76, 380—90 = 21 rm Klb. und Knpl. 119—24, 136—41 = 31 rm Astrsg. Eich. Nr. 28—40, 50—60, 514 = 25 rm Nutzsch., Klb. und Knpl. ungek. zu Kampfpfählen usw. Nr. 126—134 = 18 rm Astrsg. Kiefern. Nr. 1—10 = 10 Durchforstfn. Hdb. Bent. Kief. Nr. 1—64 = 64 Durchforstfn. zu Bohnenstang. usw.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die mir beim Hinscheiden meines lieben Mannes entgegengebracht sind, sowie für die Kranzspenden und die trostreichen Worte des Pastors Lohmeyer und des Pastors Kuhlmann in Brake, spreche ich meinen herzlichsten Dank aus.

Frau Luise Meier.

Detmold, den 22. Februar 1927.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen dankt namens der Hinterbliebenen herzlichst

Heinr. Harder sen.

Detmold, den 22. Febr. 1927.

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir namens aller Hinterbliebenen hiermit unsern herzlichsten Dank.

Familie Schmidtmeier.

Meiersfeld, 24. Februar 1927.

Das dem Händler Joh. Sobotta in Blomberg gehörige Grundstück, Parzelle 155, Kartenbl. 17, zu 239 Quadratmeter mit dem Wohnhause an der Petersilienstraße, soll am

Dienstag, dem 1. März 1927,
vormittags 10 Uhr

öffentlich meistbietend freiwillig verkauft werden. (2406

Blomberg, den 21. Februar 1927.

Lippisches Amtsgericht I.

In das Handelsregister A Nr 47 ist bei der Firma **Centralmolkerei, Silgen, W. Hoppe**, eingetragen:

Die Firma ist erloschen.

Hohenhausen, den 16. Februar 1927.

Lippisches Amtsgericht.

In das Handelsregister A Nr. 38 ist bei der Firma **Hohenhauser Kalkwerke, Engelsmeier & Schröder in Hohenhausen**, eingetragen:

Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Hohenhausen, den 16. Februar 1927.

Lippisches Amtsgericht.

Generalversammlung

der Ziegler-Krankenkasse (Ersatzkasse) Oerlinghausen am Sonntag, dem 27. Februar 1927, nachm. 2 Uhr bei Gastwirt Georg Reuter in Oerlinghausen.

Tagesordnung: 1. Rechnungsablage. 2. Festsetzung der Kassenbeiträge. 3. Satzungsänderung. 4. Wahl eines Vorsitzenden und Wahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. 5. Verschiedenes. (2419

Der Vorstand.

Zu verkaufen: Bauterrain.

1. Größe 15 Scheffell., an leister Straße und Straßenbahn gel., im aufbl. Ort, 30 Min. von Detmold.
2. Größe 6 Scheffell., an leister Straße, Wasserleitung und am Walde in Betrieb gelegen.
3. Garten-grundstück in Gr. von 1500 qm an leister Straße in Hiddesen gelegen.

Preis u. -Anzahlung nach Uebereinkunft.
Auskunft: **Gustav Brüning, Detmold.** 7438/ Hermannstr. 37, Büro f. Grundbesitz. Fernruf 192.

Suche in Lippe einen

HOF

mit 150—200 Morgen Land, Wiese und Wald, guten Gebäuden und bestem Boden gegen Barzahlung (2418

zu kaufen.

Schriftliche Angebote unter Nr. 1050 an das **Haller Kreisblatt in Halle i. Westf.** erb.

Tücht. Heizer

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an (2325

Bezirk Düsseldorf
Dampfziegelei
Burscheid

Stelle noch ein zu Ende März Anfang April einen gewandt.

Mann

zum Abtiefen (Hagen) und 2 tüchtige Leute f. Lehmberg. 2382

August Oberkönig
Düsseldorf-Unterrath
Theodorstr. 92

Suche die erforderlichen (2424

Ziegler

für Ofen, Presse und Lehmberg. Kölner Tarif

Böte, Ziegelmeister
Schwelentrup
Post Hillentrup i. L.

Suche für diese Kampagne

3 Ofenleute

zum Ein- u. Ausbringen sowie mehrere

Jungen

zum Schieben der Preßkarren. (2408

Gefl. Angebote erbeten an

Simon Töpfer Nachf.
Inh. Gustav Töpfer
Tudorfer Tonwerke
Salzkotten i. Westf.

Verdingung.

Zum Um- und Erweiterungsbau des Wohn- und Geschäftshauses des Herrn Kaufmann Freitag in Pivitsheide sollen nachstehend aufgeführte Arbeiten und Lieferungen vergeben werden:

1. Erd- und Maurerarbeiten
2. Zimmerarbeiten
3. Dachdeckerarbeiten
4. Klempnerarbeiten
5. Tischlerarbeiten
6. Schmiedearbeiten
7. Kunstgranitarbeiten
8. Maler- und Glaserarbeiten
9. Fliesenarbeiten
10. T-Eisenlieferung
11. Bauholzlieferung.

Angebots-Vordrucke sind im Büro der Unterzeichneten, soweit der Vorrat reicht, gegen Erstattung der Schreibgebühr zu haben, woselbst auch die Zeichnungen und Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Die Angebote sind bis zum 3. März 1927, mittags 12 Uhr, in geschlossenem Umschlag mit entspr. Aufschrift versehen im Büro der Unterzeichneten einzureichen. Oeffnung derselben zur festgesetzten Zeit in Gegenwart etwa erschienener Interessenten. — Zuschlagsfrist 10 Tage.

Lage, den 21. Februar 1927.

Fr. u. K. Richts, Architekten.

Suche für m. Ziegelei, in der Nähe Bremens gelegen, 6 Millionen Jahresproduktion,

1 Meister
3 tüchtige Brenner
und
4 Sortierer

für Oldenburger Klinker, sowie erfahrene

Ofen- u. Presseleute

Es kommen nur Leute in Frage, welche besonders Kenntnisse in der Klinkerfabrikat. haben. Schriftl. Angeb. unt. Nr. 2413 a. d. Geschft. der Landeszeitung.

Suche nach Münster i. Westf. zu Anf. April

1 Motorführer
zum Lehmfahren,
1 Mann
b. Koller u. Beschicker
1 Mann
zum Packensetzen,
2 Mann
zum Ofensetzen,
6 jüng. Leute
zum Preßkarren- u. Wagenschieben, v. 16 bis 18 Jahre.

Tariflohn oder Akkord. Meldungen an (2415

Herm. Unverzagt
Ziegelmeister
Dampfziegel. Mecklenbeck
Münster i. Westf.

Gesucht wird ein tüchtiger (2311

Ofensetzer

Melden bei (2311

Fritz Mische, Krubberg
bei Hillentrup

Generalvertretung frei!

Tägl. gebrauchte Haushaltneuheit, Verkaufspreis 50 Pf., in Magen abfedder. Da begehrte Position, kann nur sof. Meldung von seriösen Vertretern berücksichtigt werden. (2444

J Koch
Emsbetten i. Westf.
Borghorster Straße 26

Suche zum baldigen Eintritt einen herrsch.

Diener-Lehrling

mehrere Privatkühinnen, Haus- u. Küchenmädchen. (2446

Frau Anna Mohrmann
Stellenvermittlung
Lemgo, am Gymnasium
Fernruf 331

Ziegelerfamilie

sucht Wohnung a. Ziegelei. Solche, wo Frau das Kochen übernehmen kann, wird bevorzugt.

August Rose
Eimke b. Alverdissen
in Lippe

Gesucht zum 1. April für mein Büro

Lehrling

Es können nur Bewerber mit sehr guten Schulzeugnissen Berücksichtigung finden.

H. Siekmann
Hoflieferant
Fleischwaren-, Wurst- und Konservenfabrik
Lage i. L.

Heimarbeiter

f. Möbelfabrik gesucht. Schr. Ang. u. Nr. 2447 a. d. Geschft. d. Ldsztg.

Junger tüchtiger

Tischler

mit etwas Fachschulbildung für ein neues Unternehmen gesucht. Bewerbungsschreiben unter Nr. 2416 an die Geschäftsst. d. Ldsztg.

Suche auf sofort einen soliden (2439

Klempner gehilfen

der auch im elektr. Fach gut bewandert ist.

Datschag
Bad Meinberg

Domäne Barntrup

sucht zu möglichst bald einen zuverlässigen

Pferdefutter-Meister

(verh. oder unverh.).

Suche zum 1. April einen unverheirateten, tüchtigen (2395

Hofmeister

und einen

Knecht

nicht unter 18 Jahren. Schriftl. Angeb. unt. Nr. 2395 an die Geschft. der Landeszeitung.

Jüngeres, zuverlässiges, ehrliches

Hausmädchen

sucht (2717

Frau Borchelt
Herford
Am Schildkamp 20

Für Anfang März d. Js. suchen wir für unsere bei Borken i. Westf. belegene Ziegelei einen erfahrenen (2407

Maschinisten

gelernter Schlosser oder Schmied, zur Beaufsichtigung der Kesselanlage, einer modernen 100 PS-Dampfmaschine und der Ziegelei-maschinen.

Angebote mit Zeugnissen erbeten an die

Pröbstinger Dampfziegelei und Tonwaren-Fabrik Borken i. W.

Für meinen jungen Mann, der am 1. April seine Lehre beendet, suche ich (2347

Stellung als Verkäufer

Carl Stock, Lemgo
Kolonialwaren, Sämereien, Waffen usw.

Ehrlicher deutscher Bürger (ledig) sucht

Stelle als Portier

oder Vertrauensposten. In Metallbranche vertraut. Dauerstellung bevorzugt. Schr. Ang. unter Nr. 2371 an die Geschäftsst. der Ldsztg.

Hiesiges Fabrikkontor sucht für Registratur u. Botengänge eine

Hilfskraft

Schriftl. Angeb. mit Lebenslauf befördert u. Nr. 2419 d. Geschft. der Landeszeitung.

Für sofort suche fixen, kräftigen

Laufburschen

für halbe Tage. (2294

Heinrich Flake
Schokoladen u. Zuckerwaren, Hermannstr. 23.

Gesucht wird auf sof. ein tüchtiges, zuverl.

Küchenmädchen

gegen guten Lohn.
Hotel Vereinshaus Bielefeld

Gesucht zum 1. 4. ein freundliches

jung. Mädchen

auf größeren Hof. Etw. Taschengeld und Familienanschluß.

Schriftl. Angeb. unt. Nr. 2443 an die Geschft. der Landeszeitung.

In einem größeren Fremdenheim in Bad Salzuflen werden noch einige

jg. Mädchen

z. Erlernung d. Küche u. d. Haushalts gesucht. Tücht. u. schlicht. Persönliche Vorstellung erwünscht. Briefe mit Bild unter Nr. 2445 an die Geschft. d. Ldsztg.

Suche zum 1. 4. ein ordentliches, fleißiges

Mädchen

für Haus- und Feldarbeit. (2436

Frau H. Görder
Remmighausen

18jährige Gastwirtstochter wünscht

Aufnahme

in gutem Hause zur gründl. Erlernung der Küche und des Haushalts ohne gegenl. Vergütung. Schriftl. Angebote unter Nr. 2409 an die Geschäftsst. d. Ltg.

Wegen Erkrankung d. jetzigen suche für sofort oder 1. März tüchtiges

Haus- und Küchenmädchen

das waschen und plätten kann. (2396

Frau J. Miller
Detmold, Lageschestr. 70

Näherinnen

für Knabenhemden außer dem Hause gesucht.

J. Eisbach & Co.
A.-G. Herford.

Köchin

gesucht für großen Betrieb. Schriftl. Angeb. unter Nr. 2393 an die Geschäftsst. d. Ldsztg.

Mädchen

das kochen kann, und

2. Hausmädchen

für Küche und Haus aufs Land gesucht. Nur solche mit besten Zeugnissen und Bild wollen sich melden. (2208

Frau Gutsbesitzer
Heidenhain, Rickbruch
b. Rinteln a. d. W.

Suche z. 15. März eine

Köchin

für Geschäftshaushalt.

Karl Borsdorf, Lage

Zum 1. April ein

Mädchen

von 17—20 J. gesucht.

Frau Haase, Lage
Lange Straße 117

Suche zum 1. oder 15. 4. eine im landwirtschaftlichen Haushalt erfahrene (2427

Stütze

bei Familienanschluß u. gutem Gehalt.

Schriftl. Meld. unter Nr. 6072 an die Geschft. der Lipp. Tageszeitung.

Tüchtiger, in Baukreisen gut eingeführter

Vertreter

gesucht. (2414

Centralheizungswerke Grethe & Stahl
G. m. b. H., Hannover.

Die Verdingung der

Lebensmittel-Lieferung

sowie der Küchenabfälle für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 27 findet am 3. 3. 27, vorm. 9 Uhr, in Kaserne III statt. Bedingungen Zimmer Nr. 82 in Kaserne III einsehen. (2426

Ausb.-Bataillon Inf.-Reg. 18

Ich habe 3 Stück

Original Miele Handkasten-wagen

100 und 90 cm lang, sehr billig abzugeben.

Hermann Offel
Zimmermeister
Humfeld i. Lippe

400 Pfund schweres

Schwein

bald zu verkaufen.

Schulte, Pivitsheide.

Junge, braune

Dackelrüde

7 Monate alt, preiswert abzugeben.

Elisabethstraße 74.

Fournierböcke

Hobelmesserschleifmasch. Doppelsäbkräfige zu verkaufen. Schriftl. Angebote unt. Nr. 2432 a. d. Geschft. d. Ldsztg. erbeten.

1 Chaiselongue
1 Sofa

billig zu verkaufen.

Bruchstraße 21.

Existenz!
Jung. Tischler

mit etwas Vermögen als Teilhaber gesucht. Schriftl. Angeb. unt. Nr. 2428 a. d. Geschft. der Ldsztg. erbeten.

volle Pension

in gutem Hause gesucht. Schriftl. Off. m. Preis u. Nr. 2429 a. d. Ldsztg.

Jung. Ehep. sucht sofort

2 möbl. Zimmer

mit Küchenbenutzung. Schr. Off. m. Preis u. Nr. 2442 a. d. Ldsztg.

Landestheater

Freitag, d. 25. Februar 7.45 Uhr: (38. Abonnement) Größter Lacherfolg! **Die spanische Fliege**

Reparaturen

an Uhren, Schmucksachen optischen Artikeln schnell und preiswert (247

Wilhelm Nagel jun.
Uhrmachermeister
Lange Straße 11
Nähe „Lippischer Hof"

Stempel liefert Hans Götz Detmold 6210

7.25 Mk.

kosten 50 Meter bestverz. **Drahtgeflecht** 1 Meter breit, ferner (2270 **Stacheldraht** u. Zubehör **Einzäunungsdrähte** billigst bei

Aug. Meyer
Eisenhandlung
Detmold

Guterhaltener

Kinderwagen

Peddigrohr, Marke „Phönix", preiswert abzugeben. (2440

Fr. Beckmann
Waldheide Nr. 149.

Einige sehr preiswerte gebrauchte

Pianos

sowie ein gespielter

Stutzflügel

unter günstigen Zahlungsbed. abzugeben.

FESTING
Bielefeld, Bahnhofstr. 6.

7.50 Mark

kosten 50 Meter best verzinktes Drahtgeflecht. 1 Meter breit.

Verlangen Sie Angebot

Hermann Hüls
Drahtgeflecht-Fabrik
Bielefeld. (189

Für Vereine!

Tanzkontroller
Garderobeblocks
Eintrittsblocks
Kegelbücher

stets vorrätig

Paul Franz
Bad Salzuflen
Osterstraße 1.

Linderhofe

Am Sonntag, dem 27. Februar, feiert der Ziegelverein sein (2420

Stiftungsfest

Theateraufführungen und großer Ball

Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Gesangverein „Concordia"
Diestelbruch
Sonntag nachmittag 3 Uhr
Theater, Gesangsvorträge, Ball
Der Vorstand.

Wir haben zu verkaufen
3 Sauen
1—2jährig, mit 3 Wochen alten Ferkeln
1 tragende Sau
1 Eber zweijährig
ca. 100 Stück Landhühner
größtenteils legend
Aktien-Bierbrauerei Falkenkrug
b. Detmold.

Ziegelkarren aller Art

unter mehrjähriger Garantie für Haltbarkeit, sowie Karren für Baugeschäfte und Handbedarf, ferner Mundstücke liefert (13757

Hch. Meier, Ziegelkarrenfabrik
Schötmar, Fernruf 198, Amt Salzuflen.
Katalog gratis. Probekarre franko

Bau- und Düngekalk

ist ab Freitag, dem 25. Februar, wieder täglich frisch zu haben. Erbitte vorh. Anfrage.

Kalkwerk Lüdenhausen
Fr. Willer (2422

Männer! Jeden Alters, neue Kraft und erhöhte Leistungsfähigkeit schafft „Neurotest" das überaus wirksame Sexualkräftigungsmittel: bei vorzeitiger Schwäche, Schwinden der besten Kräfte, körperlichen und nervösen Schwächezuständen. In den Apotheken zu haben. Originalpackung 75 Tabletten 5 Mk.

10000 Proben umsonst!

Überzeugen Sie sich selbst, jeder der mißtrauisch ist, erhält auf schriftliche Anfrage sofort ohne jede Verpflichtung gegen 20 Pf Rückporto Probe und aufklärende Broschüre mit zahlreichen begeisterten Anerkennungen aus allen Kreisen über die verblüffende Wirkung völlig diskret durch Generaldepot:

Elefanten-Apotheke, Berlin 171
Leipziger Str. 74. (6789

Nach Überstandener Krankheit

wirkt eine Blut- u. Säfteauffrischung mit „Chemiker Sybels Hefekur" oft geradezu Wunder. Durch Anregung der eiweißverdauenden Drüsen des Körpers und durch Verbesserung der Zusammensetzung des Blutes kehren die Kräfte zusehends wieder. — Fordern Sie die Gratisschrift: „Ein Weg zur Gesundheit". Niederlagen: R. Heinemann, Drogerie, Detmold. Drogerie Carl Honeberg, Lage. (2430

Bad Salzuflen-Schötmar

Damen-Frisier-Salon Fritz Lenkwenat

Fernr. 775 An der Steege Fernr. 775

Zu allen bevorstehenden Festlichkeiten bringe ich meinen

Frisier-Salon

in empfehlende Erinnerung. Durch Einstellung erstklassiger Friseusen und eines

Spezial-Bubikopfschneiders

bin ich in der Lage, auch der verwöhntesten Dame gerecht zu werden

Damen-Haarwäsche m. Onduliation 1.50 Mk. Frisieren 0.75 Mk.

Abonnements in und außer dem Hause. Gut geheizte Räume.

Ärztwitwe sucht für sofort gutgehende

bessere Pension

nur in günstiger Lage, zu mieten oder zu kauf.

Frau Dr. Genschmer
Berlin-Steglitz
Friedrichsruher Str. 26

Der verkauft

Grundbesitz

einerlei welcher Art, städtisch oder ländlich, Geschäft od. Landwirtschaft? Sofort. Besitzerangebote an

K. Lahmeyer, Bremen
Reuterstraße 22

Reparaturbedürftige

Füllfederhalter

werden wieder völlig gebrauchsfertig gemacht.

Bürobedarfshaus
Paul Franz
Bad Salzuflen
Osterstr. 1

1—2 Zimmer

möbliert, mit Kochgelegenheit, in Bad Salzuflen oder Schötmar v. jung. Ehepaar zu mieten gesucht.

Schriftl. Angeb. mit Preisangabe unter Nr. 7199 an die Lipp. Rundschau, Bad Salzuflen.

Inserieren bringt Gewinn